

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ercheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Polzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 5gespaltene Zeile
jeile 4 Pf.
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. s. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Der evangelische Arbeiterbund und die christlichen Gewerkschaften.

Bekanntlich hatte sich vor längerer Zeit innerhalb der evangelischen Arbeitervereine eine Spaltung vollzogen, deren treibende Kräfte die Herren Fabrikanten Franken-Schalke und Redakteur Quandel-Bochum waren. Vor allem war es die Gegnerschaft gegen die christlichen Gewerkschaften und der sonstigen sozialen Tätigkeit, welche hierzu Veranlassung gegeben hatte.

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine unter Führung des Herrn Lic. Weber-M. Gladbach nahm von jeher eine den christlichen Gewerkschaften freundlich gesinnte Stellung ein, während der Arbeiterbund im evangelischen Lager das Gegenstück darstellte, wie die Berliner Fachabteiler in katholischen.

Beide Richtungen wollten konfessionelle Abgeschlossenheit auch im Wirtschafts- und Organisationsleben.

Wiederholt wurden von Bochumer Arbeiterbundesfreunden Versuche zu Sondergründungen gemacht, besonders bei den Bergarbeitern, die aber stets scheiterten, dank der Einsichtigkeit der Arbeiter.

In letzter Zeit machten sich nun auch im evangelischen Arbeiterbund Strömungen geltend zugunsten der christlichen Gewerkschaften. Auf dem Delegierten-tag in Wattenscheid bei Bochum hat dieselbe jetzt Oberwasser behalten. Ob nun die bessere Erkenntnis oder das Gefühl der Ohnmacht, die Wandlung vollzogen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wir begrüßen dieses Resultat aufrichtig, möchten doch recht bald alle Vorurteile und Voreingenommenheiten gegen die christlichen Gewerkschaften auch im evangelischen Kreise beseitigt werden. Die Mitglieder dieses Arbeiterbundes haben wohl schon lange den christlichen Gewerkschaften zugeneigt, wurden aber bis jetzt zum Teil von den Führern abgehalten, betzutreten.

Der Verlauf der Tagung ist auch für unsere Kollegen interessant genug, um darüber eingehend zu berichten. Wie andererseits auch von einzelnen Rednern über die christlichen Gewerkschaften immer noch falsche und irrige Anschauungen vertreten wurden, die zurückzuweisen wir alle Ursache haben.

Die Tagespresse berichtet darüber:

Zu dem Delegiertentage, der vom Bundesvorsitzenden Pfarrer Bochamp (Bochum) geleitet wurde, hatten von den 53 Vereinen des Evangelischen Arbeiterbundes 49 ihre Vertreter entsandt. Den Bericht über die Gewerkschaften hielt der frühere Verbandsagent Ludwig Fischer, der die Gewerkschaftsfrage als eine Frage von weltbewegender Bedeutung bezeichnete. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern werde immer gespannter, nicht zuletzt durch die Schuld der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die den Klassenkampf predigen. Diese Form der Gewerkschaftsbewegung müsse bekämpft werden. Daß die Arbeiter sich zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen vereinigen, sei durchaus zu billigen, aber der Kampf dürfe nicht Zweck, sondern nur das letzte Mittel der Gewerkschaften sein und nur da angewandt werden, wo der Weg friedlichen Ausgleichs sich als ungangbar erweise. Nur eine Gewerkschaft, die nach diesen Grundsätzen geleitet werde, könne der Arbeiterschaft Vorteile bringen, ohne das Gesamtwohl zu schädigen.

Der Mitberichterstatter, Landtagsabgeordneter Franken (Schalke) meinte, die sozialdemokratischen Gewerkschaften würden von vornherein aus die

christlich-sozialen dagegen könnten ihm gefallen, wenn sie neutral und in wirklich arbeiterfreundlichem Sinne tätig wären, und wenn man die Gewähr dafür hätte, daß nicht das Zentrum dort regiere. Bis jetzt seien Gewerkschaftsbeamten nur aus den Reihen der katholischen Mitglieder gewonnen worden. (Ist nicht wahr, allein der christliche Metallarbeiterverband hat schon 4 evangelische Beamte. D. Red.) Man könne doch verlangen, daß die Protestanten im Gewerkschaftsverein auf eine Milderung dieses Mißverhältnisses hinwirken. Es frage sich, was man in der Gewerkschaftsfrage tun solle? Die christlich-soziale Gewerkschaft niederreißen, gehe nicht; neben diesem Hause ein neues bauen, könnte gelingen, aber er wage nicht, den Vorschlag zu machen. Was die Delegierten des Evangelischen Arbeiterbundes verlangen könnten, sei, daß sich die Mitglieder mehr als bisher um die Gewerkschaftsfrage kümmern, daß sie, wenn es nötig sei, das Haus auszubauen, die schwarze Fassade herunterreißen und ihm dafür eine blaue Fassade geben. Am sympathischsten wäre eine nationale Arbeiterbewegung, die losgelöst sein müßte von der Parteipolitik und vom konfessionellen Gezänk. Er habe darüber mit Herrn v. Posadowsky gesprochen, und dieser habe gesagt, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß aus der Arbeiterbewegung eine deutsche Arbeiterpartei auf nationaler Grundlage hervorzuziehen werde. Auf den Vorschlag des Vorsitzenden erhielt nunmehr der 2. Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsvereins, Kühme (Bochum) das Wort, um Aufklärung über die christlichen Gewerkschaften zu geben. Er wandte sich gegen die Annahme, daß die Gewerkschaftsführer in der Hauptsache Führer der Zentrumspartei seien. Er selbst sei Mitbegründer des Gewerkschaftsvereins, halte als Nationalliberaler nach wie vor tren zu seiner Partei und habe nicht den Eindruck, daß die evangelischen Nichtzentrumslente im Gewerkschaftsverein zurückgesetzt würden. Oft sei er in den Vorstandssitzungen gebeten worden, evangelische Kollegen für irgendeinen Posten vorzuschlagen. Es seien aber geeignete Bewerber von evangelischer Seite nicht immer vorhanden gewesen. „Wenn wir uns anschließen, würden uns auch evangelische Beamte geben.“ Fasse man heute einen guten Beschluß, dann werde man bei der nächsten Reichstagswahl den sozialdemokratischen Kandidaten überflügeln. Pfarrer Bochamp fügte bei: Diese Aufklärungen seien sehr erfreulich gewesen. Wir müßten nur sicher gehen, daß der Gewerkschaftsverein sich auf die Behandlung rein wirtschaftlicher Fragen beschränke und den Mitgliedern des evangelischen Arbeiterbundes politische und konfessionelle Freiheit lasse. Nach längerer reger Aussprache, in der u. a. von Wahl (Wattenscheid) bemerkt wurde, man erweise den nationalliberalen Parteien mit der Empfehlung des Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften einen Dienst, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

1. Der Verbandstag erkennt die Gewerkschaftsbewegung als berechtigt an, wenn sie rein wirtschaftlicher Natur ist und im Verein mit den anderen Berufsgruppen das Gemeinwohl zu fördern sucht; denn der Arbeiterstand wird niemals die Arbeiterfrage allein lösen können.

2. Der Verbandstag erwartet deshalb von den Mitgliedern des Bundes entsprechend der ihnen sachgemäß vorgezeichneten Pflege und Wahrung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daß sie sich von solchen gewerkschaftlichen Organisationen fernhalten, bezw. aus ihnen austreten, die mit der Sozialdemokratie in Verbindung stehen, und empfiehlt ihnen nur den Beitritt zu solchen Gewerkschaften, die auf nationaler und

christlicher Grundlage stehen, sich lediglich auf die Vertretung der Berufsinteressen beschränken und dementsprechend jeglicher Einwirkung auf die konfessionelle und politische Ueberzeugung und Betätigung ihrer Mitglieder sich enthalten.

3. Der Verbandstag macht insfolgedessen den Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine, die dem christlichen Gewerkschaftsverein angehören oder beitreten wollen, zur Pflicht, in diesen Gewerkschaften dahin zu wirken, daß sie sich von jeder Verbindung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften lösen, da diese Verbindung den Satzungen der evangelischen Arbeitervereine wie der christlich-nationalen Arbeiterorganisation widerspricht.

Hierzu bemerkt die Köln. Ztg.:

Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, erkennt auf den ersten Blick, daß der Abg. Franken auch jetzt noch der christlichen Gewerkschaftsbewegung an sich nichts weniger als sympatisch gegenübersteht. Seine Bemerkung: „Die christlich-soziale Gewerkschaft niederreißen, gehe nicht; neben diesem Hause ein neues bauen, könnte gelingen, aber er wage nicht, den Vorschlag zu machen,“ läßt „tief blicken“. Aber die Bewegung innerhalb des Evangelischen Arbeiterbundes ist augenscheinlich über den Abg. Franken hinweggegangen, und jetzt macht er mit, um nicht gänzlich beiseite geschoben zu werden. Er kann es sich auch jetzt noch nicht verjagen, die christliche Gewerkschaftsbewegung zu verdächtigen, indem er von der „schwarzen Fassade“ derselben redet. Wie es damit steht, hat ihm der zweite Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes Kühme (Bochum), der es am besten wissen kann, unzweideutig gesagt. Die christlichen Gewerkschaften haben nie eine „schwarze Fassade“ gehabt, aber sie werden auch keine „blaue“ bekommen, wie es allerdings den Wünschen des Herrn Franken entsprechen würde. Vielmehr werden die christlichen Gewerkschaften bleiben, was sie sind: Berufsorganisationen auf christlicher Grundlage, in welchen katholische und evangelische Arbeiter einträchtig unter Wahrung der Parität ihre Standesinteressen vertreten.

Gegen die in Wattenscheid einstimmig angenommene Entschließung ist nichts zu sagen. Die christlichen Gewerkschaften stehen längst auf diesem Boden, so daß ein Hindernis des Anschlusses der Mitglieder des Evangelischen Arbeiterbundes nicht mehr vorhanden sein dürfte. Damit wird die christliche Gewerkschaftsbewegung eine nicht unerhebliche Stärkung erfahren.

Der Evangelische Arbeiterbund in seiner bisherigen Verfassung stand so ziemlich auf demselben Boden wie auf katholischer Seite die katholischen Fachabteilungen: auf dem Boden konfessioneller Abgeschlossenheit in der Gewerkschaftsfrage, wobei wir jedoch ausdrücklich betonen, daß die katholischen Fachabteilungen sich von allen konfessionellen Gehässigkeiten freigehalten haben, was bei dem Evangelischen Arbeiterbunde wenigstens früher durchaus nicht der Fall war. Für den Evangelischen Arbeiterbund ist die konfessionelle Abgeschlossenheit nach der wirtschaftlichen Seite jetzt gebrochen. In absehbarer Zeit wird dieselbe Entwicklung wohl trotz allem auch innerhalb derjenigen katholischen Arbeitervereine sich vollziehen, welche noch an den katholischen Fachabteilungen festhalten, und damit die christliche Gewerkschaftsbewegung einen weiteren bedeutungsvollen Schritt vorwärts machen.

Daß Herr Franken die christlich-soziale Gewerkschaft „nicht niederreißen“ kann, scheint er ordentlich zu bedauern; vor solchen „Freunden“ haben die

Christlichen Gewerkschaften allen Grund, auf ihrer Seite zu sein. Ebenso, daß sie auf ihre „Conjunktur“ acht haben. Wir sind kein konfessionelles Götze in ihre Mäher eingetragene wir. Sollte es von Herrn Franken und seinen Freunden versucht werden, so wird es mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Wir freuen uns gewiß, wenn von evangelischer Seite mehr als bisher für die christliche Gewerkschaftsfrage eingetreten wird, aber dann mag es aus anderen Gründen geschehen als wie es bei Herrn Franken der Fall ist. Wir wollen bei den christlichen Gewerkschaften keine „schwarze“ aber auch keine „blau“ Fassade, sondern nur eine Christliche, wer damit einverstanden ist, ist uns als Bundesgenosse willkommen, alle anderen müssen wir zurückweisen, wie wir auch die Berliner kath. Fachabteilung zurückgewiesen haben.

Auch die Klage, als würden die evangelischen Kollegen in Vorständen oder freigestellten Beamten nicht genügend berücksichtigt, müssen wir als absolut unberechtigt zurückweisen. Wir haben bis jetzt schon 4 freigestellte evangelische Kollegen, unter den 8 Beisitzern des Hauptvorstandes sind ebenfalls 4 evangelischer Konfession. Dementsprechend ist aber die Zahl der evangelischen Mitglieder bis jetzt noch sehr verschwindend. Möge man evangelischerseits hier einmal einsehen und mit aller Energie dafür sorgen, daß die evangelischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften beitreten, dann ändert sich das Bild von selbst.

Nicht jedes Mitglied eignet sich zum Vorstand oder gar zum freigestellten Beamten, da kann nur die Auswahl unter tausenden sein.

Gerade Herr Franken sollte der letzte sein, der Beschwerde erhebt, denn er hat bisher alles getan, um die evangelischen Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften abzuhalten. Auch die jegliche Wandlung ist bei ihm zweifellos mehr dem äußeren Zwange als dem inneren Triebe entsprungen, indem die evangelischen Arbeiter erkannt haben, daß ihr Platz nur sein kann neben ihren katholischen Kollegen in den christlichen Gewerkschaften. Auch die Furcht, die christlichen Gewerkschaften könnten vielleicht die evangelischen Arbeiter der liberalen Partei abspenstig machen, ist vollständig unbegründet. In politischer Angelegenheit hatten wir es mit dem alten Spruch: „mag jeder in seiner Façon selig werden.“

Evangelische Arbeiter, tretet jetzt in Massen den christlichen Gewerkschaften bei.

Streiks und Aussperrungen in Deutschland im Jahre 1905.

Nach den Ermittlungen des kaiserlichen Statistischen Amtes fanden im ganzen 2448 Streiks (1904: 1908) statt, von denen 42 bereits vor dem 1. Januar 1905 begonnen hatten. In Preußen 1424, in Sachsen 305, in Bayern 201, in Hamburg 148, in Baden 70, in Elsaß-Lothringen 41, in Württemberg und Hessen je 36, in Bremen 30 Arbeitseinstellungen. Von den 1424 in Preußen ausgebrochenen Streiks entfielen auf Berlin 250, Rheinland 213, Brandenburg 185, Provinz Sachsen 135, Hannover 129, Westfalen 126, Schlesien 125, Schleswig-Holstein 64, Pommern 51, Hessen-Nassau 50, Ostpreußen 44, Westpreußen 29, Posen 23.

Die Zahl der beendeten Ausstände, der von diesen betroffenen Betriebe, der streikenden und infolge der Arbeitseinstellungen gezwungen feiernden Arbeiter betrug im Jahre 1905 und den vier Vorjahren:

Jahr	Beendete Streiks	Betroffene Betriebe	Streikende Arbeiter		Gewungene feiernde Arbeiter
			Absolute Zahl	i. % d. i. b. betr. überhaupt Beschäftigt.	
1901	1056	4 561	55 282	39,1	7 420
1902	1060	3 437	53 912	41,1	6 272
1903	1374	7 000	85 603	43,1	13 811
1904	1870	10 321	113 480	41,5	17 788
1905	2408	14 481	408 145	52,5	12 015
Durchschnitt 1901-05	1553	7 960	143 280	47,1	9 261

Von diesen 2408 im Jahre 1905 beendigten Streiks waren 2212 (i. J. 1904: 1638) Angriffsstreiks d. h. Arbeitseinstellungen, mittelst derer die Arbeiter eine Aenderung des bisherigen Arbeitsverhältnisses zu erreichen suchten, und 191 (im Vorjahre 232) Abwehrstreiks, an denen die Arbeiter einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, einem Eingriff des Unternehmers in ihre Rechte entgegentraten.

In den 14481 während des Jahres 1905 von Arbeitseinstellungen betroffenen Betrieben waren bei

Ausbruch des Streiks 776 984 Arbeiter beschäftigt, darunter 121 382 im Alter von weniger als 21 Jahren. 3665 Betriebe wurden durch den Streik zu völliger Stillstände gebracht. In 12820 Betrieben mit 556 737 Arbeitern hatte die Streikbewegung sich auf den ganzen Betrieb erstreckt, während in 1661 Betrieben mit insgesamt 220 227 Arbeitern der Ausstand nur einzelne Beschäftigte betrafte, in welchen bei Ausbruch des Streiks 48 423 Personen beschäftigt waren. 1628 der zur Beendigung gelangten Ausstände erstreckten sich nur auf je einen Betrieb, waren Einzelstreiks, während 775 Gruppenstreiks waren und zwar 354 von 2-5 Betrieben, 174 von 6-10, 119 von 11-20, 40 von 21-30, 25 von 31-40, 16 von 41-50 und 47 Streiks 50 und mehr Betriebe trafen.

Von den einzelnen Gewerbegruppen stand der Bergbau hinsichtlich der Zahl der streikenden Arbeiter im Jahre 1905 wegen der großen Auslandsbewegung im Ruhrgebiet an erster Stelle; auf ihn entfielen für das Jahr 1905 56,7 Proz. (231 453) Streikende. Nach dem Kohlenbergbau kommen die Bergwerke mit 5408 Betrieben (37,0 Proz.) und 25 195 Streikenden (6,2 Proz.), die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 160 Betrieben (1,1 Proz.) und 19 502 Streikenden (4,8 Proz.), die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 2122 Betrieben (14,7 Proz.) und 17 939 Streikenden (4,4 Proz.), die Textilindustrie mit 158 Betrieben (1,1 Proz.) und 12 526 Streikenden (3,1 Proz.), die Metallverarbeitung mit 1607 Betrieben (11,1 Proz.) und 12 159 Streikenden (3,0 Proz.). Sodann folgen die Industrie der Steine und Erden mit 346 Betrieben (2,4 Proz.) und 5751 Streikenden (1,4 Proz.) das Handwerksbetriebe mit 330 Betrieben (2,3 Proz.) und 5575 Streikenden (1,4 Proz.), die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 574 Betrieben (3,9 Proz.) und 5380 Streikenden (1,3 Proz.), die Lederindustrie mit 838 Betrieben (5,8 Proz.) und 4674 Streikende (1,1 Proz.), die Gruppe Verkehrsgewerbe mit 271 Betrieben (1,9 Proz.) mit 3819 Streikenden (0,9 Proz.). Die Papierindustrie und die polygraphischen Gewerbe hatten noch mehr als 1000 Streikende (1449 und 1332). Bei allen andern Gewerben war die Zahl der Streikenden geringer als 1000.

Die größte Zunahme in der Zahl der Streikenden hatten die Gewerbegruppen Bergbau, Bekleidung und Reinigung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, Baugewerbe, Textilindustrie, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, Handwerksbetriebe, Lederindustrie und Metallbearbeitung aufzuweisen. Eine Abnahme gegen das Vorjahr fand in der Streikbewegung in den Gewerbegruppen der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, der chemischen Industrie, Industrie der Steine und Erden, der Papierindustrie und der Industrie der künstlerischen Gewerbe statt.

169 Streiks dauerten weniger als ein Tag, 879 1-5 Tage, 392 6-10 Tage, 327 11-20 Tage, 199 21-30 Tage, 190 31-50 Tage, 171 51-100 Tage, 76 101 und mehr Tage. Von der letzten Gruppe fielen 26 auf das Baugewerbe, 11 auf die Metallverarbeitung, 10 auf die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, 8 auf die Industrie der Steine und Erden, 6 auf die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, 5 auf die Textilindustrie, 3 auf das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, je zwei auf die Lederindustrie, und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und je eins auf Bergbau und die polygraphischen Gewerbe.

Die von den Streikenden im Jahre 1905 gestellten Forderungen betrafen in 1825 Fällen den Lohn, in 635 Fällen die Arbeitszeit, in 1002 Streikfällen Forderungen bezüglich anderer Gegenstände. Die Lohnforderungen betrafen 1558 mal Erhöhung der bestehenden Zeit- und Akkordlöhne, 327 mal Bezahlung, höhere Bezahlung der Ueberstunden, Nachtarbeit, Arbeit an Sonn- und Feiertagen, 206 mal Einführung von Lohnstarifen, 157 mal besondere Bezahlung der Nebenarbeiten, Außenarbeit, der Fahrt zur Arbeitsstelle, Wartegehalt, 126 mal Abänderung von Lohnstarifen, 105 mal Bezahlung für unzeitwillige Stuhlpausen, für auf Wochentage fallende Feiertage, 93 mal Abschaffung bzw. Nicht-Einführung von Akkordarbeit. Bezüglich der Arbeitszeit wurde 482 mal die Verkürzung der bisherigen Arbeitszeit gefordert. 331 mal wurde die Forderung auf Wiederanstellung entlassener Mitarbeiter erhoben. Lohn erhöhungen wurden am häufigsten in Berlin (121 mal), in der Kreisbauhauptmannschaft Dresden (100 mal), im Regierungsbezirk Potsdam (91 mal) im Regierungsbezirk Schleswig (58 mal), im Regierungsbezirk Arnberg (56 mal) gefordert. Der

Verkürzung der Arbeitszeit gelten die Forderungen der Streikenden 30 mal im Regierungsbezirk Potsdam, 28 mal im Regierungsbezirk Düsseldorf, 27 mal in der Kreisbauhauptmannschaft Dresden, 21 mal im Regierungsbezirk Schleswig, 21 mal in Berlin.

Verkürzung der Arbeitszeit stellten am häufigsten die Bauarbeiter, Tischler, Maurer, Stubenmaler, Tapezierer, Zimmerer.

Von 2403 im Jahre 1905 beendeten Streiks hatten 528 (22,0 Prozent) mit 25 054 Ausständigen in 1704 Betrieben vollen Erfolg, 971 (40,4 Proz.) mit 122 351 Ausständigen in 9076 Betrieben teilweisen und 904 (37,6 Proz.) mit 260 760 Streikenden, in 3701 Betrieben keinen Erfolg. „Die Statistik des Deutschen Reiches“ bringt einen Vergleich des Verlaufes der Streiks nach der Zahl der Betriebe mit denen der Vorjahre. Aus diesem Vergleich ersehen wir, daß die Zahl der mit vollem oder teilweisem Erfolge für die Streikenden beendeten Arbeitseinstellungen in den letzten Jahren gewachsen ist.

Von den im Berichtsjahre beendeten Streiks mit vollem Erfolge für die Streikenden, waren 447 Angriffsstreiks mit 21 165 Ausständigen aus 1530 Betrieben und 81 Abwehrstreiks (15,3 Proz.) mit 3869 Ausständigen in 174 Betrieben. Vollen Erfolg hinsichtlich der Erhöhung des Arbeitslohnes hatten von den erfolgreichen Angriffsstreiks 283 mit 14 130 Streikenden in 1043 Betrieben, von den Abwehrstreiks 7 mit 235 Streikenden in 7 Betrieben. Unter den Streiks, die vollständig erfolglos verliefen, waren 843 (93,3 Proz.) Abwehrstreiks mit 259 163 Ausständigen in 3624 Betrieben und 61 (6,7 Prozent) Abwehrstreiks mit 1597 Ausständigen in 77 Betrieben. Zu den Streiks mit teilweisem Erfolge gehörten im Berichtsjahre 922 (95 Proz.) Angriffsstreiks mit 118 914 Ausständigen in 8979 Betrieben und 49 (5 Proz.) Abwehrstreiks mit 3437 Ausständigen in 97 Betrieben. Die 1558 mal gestellte Forderung einer Erhöhung des bisherigen Arbeitslohnes wurde 291 mal vollständig, 794 mal nur teilweise und 473 mal überhaupt nicht erreicht, die 482 mal angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit wurde 54 mal in vollem Umfange, 289 mal nur zum Teil und 142 mal überhaupt nicht durchgeführt.

Die Arbeitsstreitigkeiten, haben in 424 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft geführt, in 544 Fällen sind die Polizeibehörden in Anspruch genommen.

Zugenommen haben in dem Jahre 1905 auch die von den Arbeitgebern verhängten Aussperrungen. Im Jahre 1904 fanden 132 Aussperrungen gegen 263 im Jahre 1905 statt und 120 wurden gegen 254 im letzten Jahre beendet. Die 254 Aussperrungen des letzten Jahres erstreckten sich auf 3859 Betriebe mit 188 526 Arbeitern gegen 1115 Betriebe im Vorjahre. Betroffen durch die Aussperrungen wurden 118 665 Arbeiter gegen 23 760 im Vorjahre. In 415 Betrieben gegen 174 im Vorjahre war die Aussperrung nicht auf den Gesamtbetrieb ausgedehnt worden, sondern blieb auf einzelne Beschäftigungsarten beschränkt. Durch die Aussperrung wurden 3739 Arbeiter gezwungen, mitzufeiern. In 193 Fällen erfolgte die Aussperrung lediglich zum Zweck andern Unternehmern zu Hilfe zu kommen, 188 Aussperrungen erfolgten auf die Intervention von Berufsvereinigungen.

Diejenigen Kreise, welche den Arbeitern gern das Streikrecht hinwegnehmen möchten, jammern über die ungeheure „wirtschaftliche Schädigung“, welche diese Streiks dem Erwerbseben angeblich geschlagen haben. Diese Lamentationen sind sehr faden-schemig. Eine einzige wirtschaftliche Krise schädigt mehr als alle Streiks zusammengenommen.

Was bedeuten denn die paar Millionen Mark Lohnausfall und Streiklosten, gegenüber den Milliarden von Vermögensverlusten und Lohnreduzierungen, die eine einzige Krise hervorruft. Möge man hier einmal zuerst Wandel zu schaffen versuchen, um unser Wirtschaftsleben vor derartigen Katastrophen zu verschonen; dieses wäre eine dankbare Aufgabe.

Sicher darf angenommen werden, daß ohne die geführten Streiks die Arbeiter nicht halb so wenig Lohn bekämen, sondern die wirtschaftlichen Krisen würden noch häufiger als jetzt uns heimsuchen. Dabei soll nicht gesagt werden, als wenn die Streiks ein idealer Zustand wären, besser wäre es, Arbeiter und Arbeitgeber würden sich auf gutlichem Wege verständigen.

Solange dieses aber ein frommer Wunsch bleibt, sind die Streiks das notwendige Uebel und auch die einzige Waffe des Arbeiterstandes.

Die „Berliner“ und die Presse.

Auf Delegiertentagen und Bezirkskonferenzen „Berliner“ Observanz wird jetzt recht eifrig der Boykott gegen die nicht willfährige kath. Presse gerichtet. Einzelne halten die guten Deutschen bekanntlich für die schwerste „Last“, aber selbst die Waffe des Boykotts zu schwingen, können sie mit ihrem zart besaiteten „Gewissen“ vereinbaren.

Diese Vorurteile, welche so recht ein Schlaglicht auf die Berliner Bewegung werfen, sind gleichfalls eine schöne Waffe für uns, so daß wir denselben gerne weitere Verbreitung verschaffen. Unter obiger Stichmarke schreibt die K. Volksztg.:

In Nr. 812 hatten wir Mitteilung über die Beschlüsse gemacht, welche der Delegiertentag des Trierer Diözesanverbandes der katholischen Arbeitervereine über Beeinflussung der Trierer Landeszeitung und der Germania gefaßt hat. Wir charakterisierten diese Beschlüsse kurz in dem Satze: „Meinungssternismus, unbedingte Unterwerfung, andernfalls, wo es angeht, Höherhängung des Wortwortes.“ Herr Professor a. D. v. Savigny hat darauf in einer Erklärung in der Germania geäußert, daß gegen diese überhaupt ein Beschluß gefaßt worden sei. Wir haben diesen Ablehnungsversuch in Nr. 824 vom 25. September beleuchtet. Eine Woche darauf (Nr. 40) wird am 7. Oktober, verjendet 3. Oktober) druckt der Berliner Arbeiter die Erklärung des Herrn v. E. ab, ohne von unserer Antwort Notiz zu nehmen. Jetzt bringt ein bisher in der Gewerkschaftsfrage sehr zurückhaltendes Blatt, die Schlesische Volksztg., folgende Zuschrift, „für deren Richtigkeit sich vier kiefige (Breslauer) Herren von angesehener Lebensstellung bürgen“:

Herr Arbeitersekretär Bull sprach in der Mittwochversammlung des katholischen Arbeitervereins St. Heinrich, in Abwesenheit des Vereinspräsidenten, Herrn Oberkaplan Dominik über „das neue System der Beitragszahlungen in den katholischen Arbeitervereinen (Sitz Berlin)“ und fand es für gut, am Schlusse seiner Ausführungen von neuem gegen die katholische Presse welche Herr Bull und den sonstigen Herren der Berliner Richtung nicht willfährig genug ist, zu hetzen, insbesondere gegen die Schlesische Volkszeitung und die Meißner Zeitung. Es könne heute innerhalb des Berliner Verbandes nicht mehr von einer katholischen Fachabteilungs- und einer besonderen katholischen Arbeitervereinsbewegung gesprochen werden, sondern nur von einer großen katholisch-sozialen Volksbewegung überhaupt. Deshalb kämpfe diejenige Presse, welche gegen die katholischen Fachabteilungen Stellung nehme, gegen eine katholisch-soziale Bewegung im allgemeinen. Eine solche Presse könne aber der katholischen Arbeiterschaft nicht weiterhin zum Lesen empfohlen werden. Das Vereinsmitglied Herr Hübler meinte, es sei doch wohl etwas weit gegangen, von der Schlesischen Volkszeitung abzurufen, er sei im Gegenteil der Meinung, daß diese recht eifrig gelesen werden müsse; etwas anderes sei es, ob man nicht beim Kuratorium dieser Zeitung vorstellig werden könnte, daß letzteres auf die Redaktion einwirken möchte, ihre Stellung zu dieser Frage zu ändern. Herr Bull, dem jetzt einzuleuchten schien, daß er zu weit gegangen sei, rektifizierte seine Ausführungen dahin, daß Herr H. recht habe; man solle den Kampf nicht gegen die betr. katholischen Zeitungen als solche führen, — „die Zeitungen bleiben, die Redaktionen wechseln, diese Zeitungen bleiben auch katholische Blätter, selbst wenn sie gegen unserer Bewegung Stellung nehmen“ — man müsse den Kampf vielmehr gegen die betreffenden Redaktionen führen und diese durch andere Männer zu ersetzen sich bemühen. So viel von der neuesten Leistung des Herrn Bull! Wie lange wird dieses für die katholische Sache geradezu gemeingefährliche Treiben noch gehen? Gibt es denn wirklich keine Mittel und Wege, hierin Wandel zu schaffen? Es ist wahrlich die höchste Zeit!

Die Schles. Volksztg. jüßt ihrerseits nur bei: „Hierauf auch nur ein Wort zu verlieren, würden wir unter unserer Würde halten.“ Das ist ja bedenklich, aber es dürfte doch richtiger sein, noch ein Mehreres zu sagen. Denn die Offenherzigkeiten des Herrn Bull sind doch zu bezeichnend, als daß man sie mit einem Aufseufzen abmachen dürfte.

Sie zeigen zunächst wieder, wie umfassend die Agitation der „Berliner“ gegen die nicht gefügigen Blätter gedacht ist. In Trier nimmt man die Trier. Landesztg. und die Germania auf die Gabel, in Schlesien wird die gleiche Operation mit der Schles. Volksztg. und der Meißner Ztg. versucht. Die Zentrumspresse kann sich darauf verlassen: man würde es überall probieren, wann man nur Aussicht auf Erfolg zu haben glaubte.

Und was wird verlangt! Als kürzlich ein schlechtes Zentrumsorgan sich gegen das Ausreten der „Berliner“ ruhig, aber entschieden verwahrte, meinte die Meißner Ztg., das in Behandlung gewonnene Blatt „müsse knien, auf Erbien knien.“ Das traf den Nagel auf den Kopf. Wenn es nach den Wünschen der „Berliner“ geht, dann muß eben „gekniert“ werden; die Frage ist nur, ob der Wunsch in Erfüllung geht, und dafür ist wenig Aussicht vorhanden. Die Vorgänge in Trier und Breslau sind denn doch geeignet, auch den gutmütigsten Redaktionen die Augen zu öffnen. Wohlgerne geht man da nicht etwa gegen Blätter vor, die gegenüber dem Treiben der Herren konsequent eine scharf ablehnende Haltung eingenommen haben, sondern gegen Neutrale und gegen Freunde. Der Germania droht man, ihr den Druck des Verbandsorgans zu entziehen, in Breslau rüttelt man gar an den Redaktionsjesseln der so zurückhaltenden Schles. Volksztg. Und nun erst die Trier. Landesztg.! Ueber die Wiederbelebung des für sie schon früher eingesetzten Ueberwachungscommittees hat die Erklärung des Hr. v. Savigny geschwiegen; sie beschäftigte sich nur mit dem Vorgehen gegen die Germania. Gleich damals erhielten wir eine Zuschrift unseres Berichterstatters über die Trierer Vorgänge. Wir haben sie vorläufig zurückgelegt, aber jetzt ist es Zeit, sie mitzuteilen:

Die Köln. Volksztg. (Nr. 824) hält mit vollem Recht fest an der wesentlichen Richtigkeit ihres ersten Berichtes und macht Hr. v. Savigny aufmerksam auf den Widerspruch zwischen seinen Ausführungen und dem offiziellen Bericht über den Delegiertentag in der Trierischen Landeszeitung. Wir sind den Presseverhandlungen des Delegiertentages mit ebenso großer Aufmerksamkeit gefolgt wie Hr. v. Savigny. Daß er einen in Sachen der Germania gefaßten „Beschlusse“ überhaupt leugnet, ist unbegreiflich. Gewiß erfolgte ein „Beschlusse“ mit Ablehnung“ nicht, aber klipp und klar wurde von den maßgebenden Herren betont, wenn die Germania in Zukunft nicht energischer für die Fachabteilungen eintrete, werde man gegen sie vorgehen und den Druck des Arbeiter ihr nehmen. Hr. v. Savigny erinnert sich doch gewiß des folgenden heftigen Intermezzos: Als Hr. Schütz (Wiebelskirchen) seinen Presantrag begründet hatte und man sich geeinigt hatte zu einem Vorgehen gegen die Germania, erhob sich Hr. Apel (Trier) und machte den Vorschlag, den Druck des Arbeiter der Köln. Volkszeitung zu übertragen und Hr. Diözesanpräses Stein steckte sofort unter großem Beifall den Antrag, dieses der Köln. Volksztg. „durch Aufsichtspostkarte mitzuteilen.“ Die Trierische Landesztg. hat bisher immer im Sinne der Fachabteilungen treu gearbeitet — und trotzdem diese Sprache gegen sie, und trotzdem das Ueberwachungscommittee. Ja, ja, Unbarm ist und bleibt der Welt Lohn!

Uebrigens begnügt man sich nicht damit, die Presse mit den größten Beeinflussungsversuchen zu behelligen. Ein Gewerkschaftssekretär beschwert sich bei uns, in einem schlesischen Gesellenverein sei ihm die Aufnahme verweigert worden, obwohl er seit fast einem Jahrzehnt dem Gesellenverein in drei Vokalvereinen angehört habe. Und ein bekannter Zentrumsabgeordneter schreibt uns:

Der Terrorismus der Berliner Richtung geht noch weiter, als manche ahnen. Vor ungefähr zwei Jahren hat Schreiber dieser Zeilen in einer Berliner Versammlung über die Bedeutung des Volksvereins geredet; im Anschluß daran erfolgte eine Interpellation über die Stellung des Referenten zur Gewerkschaftsfrage. Ich sprach mich für die christlichen Gewerkschaften aus und legte die Gründe dar, die für die Organisation sprachen. Nur eine ganz schwache Opposition meldete sich. Als später die Fachabteilungen unter sich waren, hatten sie den Mut, dem Redner eine Anzahl Broschüren Berliner Richtung zuzusenden und zu erklären, daß die Tätigkeit des Volksvereins bald aufhören werde, wenn hier noch nichts für die christlichen Gewerkschaften gesprochen werde. Also eine verbüllte Ankündigung der Einstellung der Tätigkeit als Vertrauensmann. Es ist übrigens in Berliner katholischen Kreisen gar kein Geheimnis, welche Zunahmen schon von dieser Seite aus an den Verlag der Germania gestellt worden sind; in Trier hat man nur offen ausgesprochen, was hier in Berlin schon wiederholt versucht worden ist. Es ist aber komisch, daß ein solcher Boykott von einer Seite ausgeht, die den Streik grundsätzlich verwirft; da stehen eben Theorie und Praxis wieder einmal im allerstärksten Gegensatz.

Diese und sonstige Maßlosigkeit sind nur erklärlich durch die Ideologie, welche in der Berliner Richtung maßgebend ist. Deren kirchliche Kleinberechtigung ist für diese Herren trotz aller schweren Ent-

täuschungen eine Art Dogma, so etwas wie ein Artikel der stehenden und fallenden Kirche, und der Kampf bis aufs Messer nicht nur gegen die Vertreter einer anderen Auffassung, sondern auch gegen neutrale und sogar gegen sehr willfährige, aber nicht bis zur Bewußtlosigkeit gefügige Blätter eine heilige Gewissenspflicht. Daß man sich dabei ein über das andere Mal in den Mitteln aufs größtmögliche bergreift und keine Ahnung mehr hat von dem Unterschied zwischen Wollen und Können, ist eine allen Ideologen gemeinsame Eigenschaft. Aus dieser Geistesverfassung heraus hat man schon lange gearbeitet; die Vorgänge in Trier und Breslau aber schufen dem Faß den Boden aus. Unsere Bemerkung in Nr. 812, es handle sich hier um „eine Angelegenheit der ganzen Presse,“ wird jetzt kaum noch bestritten werden. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit, der man nicht aus dem Wege gehen kann, die auch dadurch nicht besser wird, daß man ihr aus dem Wege geht. Friedfertigkeit ist gut, aber dann muß sie auf beiden Seiten gelbt werden. Gegenüber einem terroristischen Gebaren, wie es in Trier und Breslau zu üben versucht wird, ist Friedfertigkeit niemals am Platze; es macht den anderen Teil nur immer dreister und rücksichtsloser.

Der bekannte Herr Bull hat natürlich die Dreistigkeit, in einer eingesandten „Berichtigung“ alles in Abrede zu stellen. Dagegen passiert ihm das Malheur, daß ein seiner Freunde, welche ebenfalls eine Berichtigung vom Stapel lassen, um ihm heizupringen, bestätigen was Bull bestreitet. Aber solche Kleinigkeiten, von den eigenen Freunden ungewollt der Unwahrhaftigkeit überführt zu werden, imponiert so einem „Berliner“ Sekretär nicht, — der ist und bleibt doch unentwegter allein berechtigter katholischer Arbeitersekretär.

Die Köln. Volksztg. meint zum Schlusse: „Die Vorgänge in Trier und Breslau sind die feinsten Bitten dieser „katholisch-sozialen Bewegung“ die den Streik verurteilt, aber selbst in Boykott macht.“

Wir sind der Meinung, dieser Zerpfitterung betreibenden Berliner Bewegung hätte viel früher ein energischer Kampf entgegengesetzt werden müssen, sie würde jetzt nicht in solch unverschämter Weise sich breit machen, und Unheil anrichten können.

Die gemeinschaftliche Aktion zwischen konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften.

welche in den letzten Wochen in der Tages- und christlichen Arbeiterpresse angekündigt wurde, ist bereits im Gange. Die Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften müssen jetzt in den einzelnen Orten für eine systematische Durchführung sorgen. Insbesondere muß die der Aktion sich anschließende Hausagitation planmäßig vorbereitet und durchgeführt werden. Freiwillige vor! muß allenthalben bei der gemeinschaftlichen Aktion die Losung sein. Kein Ort, wo Arbeitervereine und Gewerkschaften existieren, darf sich von der Aktion ausschließen. Nur dann ist der Erfolg gesichert und wird der Zweck der Aktion: der christlich-nationalen Arbeiterbewegung neue Kräfte zuzuführen, erreicht. Mit den großen einleitenden Versammlungen ist es nicht allein getan, die Hauptarbeit liegt jetzt in der Hausagitation. Hier muß unermüdet gearbeitet werden. Gelingt es im ersten Anlauf nicht, die Leute zu gewinnen, so muß zum zweiten und zum dritten Male und so fort gearbeitet werden, bis es gelungen ist. Nur Beharrlichkeit führt zum Ziel!

Wir fordern unsere Ortsvorstände und Bezirksleiter allerorts auf diese Aktion zur allgemeinen Agitation gut auszunutzen. Wenn die Mitgliebertlisten ausgebracht sind, muß der Vertrauensmännerapparat ins Werk gesetzt werden, der zu diesem Zwecke noch besonders zu vergrößern ist. Die Einstellung nach Straßen muß erfolgen und die Vorstände und Vertrauensmänner an festbestimmten Tagen in den einzelnen Orten in Tätigkeit treten lassen. Ein allgemeiner diesbezüglicher Vortrag und Instruktion hat jedesmal vorauszugehen. Nach jedem Rundgang haben die Vertrauensmänner in einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft Bericht zu erstatten und Erfahrungen anzutauschen. Die hierbei gemachten Erfahrungen sind bei dem folgenden Rundgang zu verwerten. Wenn in dieser Weise Vorstand, Mitglieber und Vertrauensmänner arbeiten und im Eifer sich zu überbieten suchen, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die Resultate über die neue gewonnenen Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen sind bei der Zentrale anzugeben. Dasselbe wird es auch im Organ veröffentlicht. Ein reger Wettkampf zwischen den einzelnen Ortsgruppen muß sich jetzt in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten entspinnen. Jede Ortsgruppe muß es sich zur Ehre machen, die meisten neuen Mitglieder zu gewinnen. Kollegen, auf zur Agitation!

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine.

In der am 24. Oktober zu Kassel stattgehabten Ausführenden Versammlung des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands wurde das soziale Programm des Verbandes in folgender neuen Fassung festgestellt:

Soziales Programm

des

Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands.

1. Allgemeiner Teil.

Wir stehen auf dem Grunde des evangelischen Christentums. Wir bekämpfen darum die materialistische Weltanschauung, wie sie sowohl zu den Ausgangspunkten, als zu den Agitationsmitteln der Sozialdemokratie gehört, aber auch die Ansicht, daß das Christentum es ausschließlich mit dem Jenseits zu tun habe. Das Ziel unserer sozialen Arbeit ist die Entfaltung der weltneuernden Kräfte des evangelischen Christentums in dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart.

Wir bekämpfen darum:

1. den Standpunkt, welcher die schrankenlose Freiheit des Einzelnen einseitig betont und alles Heil von der freien Konkurrenz der Kräfte erwartet;
2. die Lehre, welche alle Produktions- (Güter-erzeugungsmittel dem privaten Besitz entziehen und den Einzelnen in eine sklavische Abhängigkeit von der alles allein bestimmenden Gesellschaft bringen will;
3. alle unsoziale Gesinnung, wo immer sie in unseren heutigen Parteien und Gesellschaftsschichten zur Erscheinung kommt.

Die Überwindung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden unseres heutigen Volkslebens erwarten wir nur von einer geschichtlich vermittelten Umgestaltung unserer Verhältnisse gemäß den sittlichen Ideen des evangelischen Christentums. Diese Ideen geben uns den sicheren Maßstab zu rückhaltloser Kritik an den heutigen Zuständen, wie auch den Antrieb zur Forderung neuer Ordnungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben.

Als Aufgabe dieser Neuordnungen erkennen wir in erster Linie die volle Anerkennung des Menschenrechtes und der Menschenwürde jedes, auch des geringsten Volksgenossen; sodann die größtmögliche Steigerung seiner Leistungsfähigkeit, wie auch seines Anteils an den geistigen und sittlichen Gütern der Nation, endlich die denkbar beste Förderung seiner materiellen Lebensinteressen.

Zur Durchführung dieser Aufgaben erachten wir vor allem die vollständige und vorurteilslose Aufklärung des Volkes über die schwebenden wirtschaftlichen Fragen für notwendig, ebenso aber auch die tatkräftige Unterstützung aller auf die Hebung und Besserung der arbeitenden Klassen gerichteten Bestrebungen und Maßnahmen.

Unsere Forderungen werden wir von Fall zu Fall nach dem Fortschritt des wirtschaftlichen Lebens formulieren.

2. Besonderer Teil.

Richtlinien für Vorträge und Diskussionen in den evangelischen Arbeitervereinen.

Zur Zeit stellen wir im einzelnen folgende Forderungen auf:

A. Für den Großbetrieb.

Wir erkennen die hauptsächlich durch die Entfaltung der Technik hervorgerufene Großindustrie als wirtschaftliche Notwendigkeit an, halten aber das Streben der im Großbetrieb beschäftigten Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenshaltung, nach größerer wirtschaftlicher Sicherheit und nach Schutz ihrer persönlichen Güter in Leben und Gesundheit, Sittlichkeit und Familienleben für durchaus berechtigt und unterstützen dasselbe nach Kräften.

Als Mittel zur Erreichung dieser Ziele sehen wir an:

1. Auf dem Gebiete der staatlichen Arbeiterversicherung, deren Vereinheitlichung und Ausdehnung auf die Witwen und Waisen, wie auch auf die Heimarbeit.
2. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Folgen der unversicherten Arbeitslosigkeit einerseits durch Ausbau der für größere Bezirke zu organisierenden Zentral-Arbeitsnachweise, andererseits durch Schaffung geeigneter Versicherungs-Einrichtungen.

3. Auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung deren weitere Ausgestaltung, insbesondere:

- a) angemessene Kürzung der Arbeitszeit;
 - b) Durchführung einer ausreichenden Sonntagsruhe;
 - c) Einführung aller gesundheitslichen und sittlichen Schutzmaßnahmen, namentlich Schaffung gesunder Arbeitsräume;
 - d) Einschränkung aller dem Familienleben schädlichen Frauen- und Kinderarbeit und Verbot derselben, soweit sie Gesundheit und Sittlichkeit schädigt;
 - e) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt den ununterbrochenen Betrieb nötig machen;
 - f) mögliche Ausdehnung der Arbeiterwohnbestimmungen auf die Hausindustrie und Heimarbeit, des Gewerbe- und die landwirtschaftlichen Arbeiter.
4. Die Sicherung des vollen Koalitionsrechts der Arbeiter.
 5. Die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und Verleihung der Rechtsfähigkeit an diese.
 6. Arbeiterauschüsse in den einzelnen Betrieben, sowie die Einrichtung staatlicher Arbeitskammern für größere Industriebezirke.
 7. Weitere Förderung des Arbeiterwohnwesens.
 8. Gesetzliche Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Macht der Syndikate.
 9. Die Umgestaltung der Gemeindebetriebe in Musterbetriebe.
 10. Ueberführung geeigneter Berufszweige und Betriebe in Staats- bezw. Gemeinde-Besitz und -Betrieb.

B. Für den Kleinbetrieb sowie Handel und Gewerbe.

Wir sind der Meinung, daß die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes eine unbedingte Notwendigkeit für unser gesamtes Staats- und Volksleben ist; wir erkennen die Notlage, in der sich viele Mitglieder desselben befinden. Wir erklären, daß wir jede geeignete Maßnahme des Staates zur Förderung des Mittelstandes und jede Selbsthilfe desselben (durch Organisation, Genossenschaftswesen u. a.) tatkräftig unterstützen werden.

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaft ist eins.

Die Verbrüderung dieser beiden Korporationen soll jetzt überall durchgeführt werden, auch bei den Metallarbeitern

So berichtet die soziald. Volksstimme in Mannheim unter dem 17. Oktober:

„Eine Vertrauensmännerversammlung des Metallarbeiterverbandes, die gestern abend in der „Zentralhalle“ tagte beschloß nach einem Referat des Genossen Dr. Frank, energisch für den Eintritt in die politische Organisation und für die „Volksstimme“ zu agitieren. Die Diskussion, an der sich u. a. die Genossen Christ, Schneider, Hahn, Redakteur Maier, Dörner, Algaier beteiligten, war sehr lebhaft, und allgemein wurde die Auffassung vertreten, daß aus der Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaften auch die praktischen Konsequenzen gezogen werden müßten. Einmütig wurde dann noch der Beschluß gefaßt, eine Statistik darüber aufzunehmen, wie viele Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gleichzeitig auch der sozialdemokratischen Parteiorganisation angehören und wie viele die „Volksstimme“ abonniert haben oder noch die bürgerliche Presse lesen. Die Fragebogen sollen schon in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen. Zur sofortigen Durchführung dieser Umfrage wurde eine Kommission von 15 Vertrauensleuten gewählt, in der sämtliche größeren Betriebe vertreten sind. — Die „Volksstimme“ knüpft daran folgende Bemerkungen: Das Vorgehen der Metallarbeiter ist sehr zu begrüßen und den übrigen Gewerkschaften dringend zur Nachahmung zu empfehlen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Es geht überall vorwärts.“

Was sagen zu diesem Vorgehen diejenigen christlichen Arbeiter, die trotz alledem dem freien (soz.) Verbands angehören. Hoffentlich werden ihnen jetzt die Augen geöffnet, daß ihr Platz nur im christlichen Metallarbeiterverbande sein kann.

Aus dem roten Metallarbeiterverband.

Mürnberg. In Nr. 20 unseres Organs brachten wir einen kurzen Bericht von der vom roten Metallarbeiterverband einseitig initiierten, im Sand verlaufenen Bewegung bei Pichtel und Sachs,

Gussstahlfabrikwerken in Schweinfurt. Anlässlich jener verpöhlten Bewegung hatte der christliche Metallarbeiterverband bereits am 4. Mai eine öffentliche Versammlung in Schweinfurt abgehalten, in welcher das Vorgehen der roten Führer einer berechtigten Kritik unterzogen wurde. Der mächtige große Metallarbeiterverband wußte auf die angewandte Ausperrung hin elendiglich zu kneize.

In der christl. Versammlung wurde dieses feige Zurückziehen genügend an den Pranger gestellt. Ein sozialdemokratischer Redner behauptete freilich, die Sperre sei nicht aufgehoben, es sei unmöglich, daß dieses von den sozialdemokratischen Führern getan und sich soweit gedemütigt hätten. Jetzt allerdings wird jener Genosse als Schilderhauer des roten Klotz auf tönernen Füßen eines besseren belehrt worden sein, woausichtlich, daß die diesbezüglichen Vorkommnisse und Enthüllungen über das verwerfliche Treiben der roten Führer nicht spurlos an ihm vorübergegangen ist. Ueber die arbeiterschädigenden täuschenden Manöver des roten Gauleiters Genosse Enßner in Gemeinschaft des „Beamten Müller, genannt Würgmüller“, war man nicht nur in Schweinfurt unter den Genossen erbost, sondern auch in Nürnberg sah man schon lange dem pharaisäischen Gebahren ihrer Führer, bei der Schweinfurter Bewegung insbesondere, mit Mißtrauen entgegen. Die Schweinfurter Affäre setzt aber allem bis jetzt dagewesenen die Krone auf, was nachstehende Zuschrift zweifellos ergeben wird, welche von Genossentreisen und übermietet wurde. Dieser nachstehende Bericht charakterisiert die in Genossentreisen herrschende Einstellung. Es heißt da:

„Der Streit in Schweinfurt dessen Verlauf und Folgen! Ueber die Kugelwerke in Schweinfurt wurde seiner Zeit von dem Metallarbeiterverband die Sperre verhängt. Daß diese verhängte Sperre von großer Wirkung auf die dortige Firma war, dies zeigte sich darin, daß die Firma an die dortigen Organisationsvertreter herantrat und verlangte, die Sperre aufzuheben, im anderen Falle die Firma gezwungen wäre, die Ausperrung als Gegenmaßregel anzunehmen. Nun verlangten die dortigen organisierten Kollegen den Gauleiter Herrn Enßner von Nürnberg zur Hilfe. Der Herr Gauleiter fuhr in seiner Amts-würde nach Schweinfurt, ging mit dem dortigen Bürgermeister und dem Arbeiterausschuß zur Firma, um zu unterhandeln. Die Unterhandlungen ergaben weiter nichts für die organisierten Kollegen, als das Enßner die Sperre für aufgehoben erklärte, ohne irgend welches Zugeständnis von der Firma erlangen zu haben. Nachdem nun die Firma doch selbst zuerst an die Arbeiter herantreten und verlangt die höchst unbequeme Sperre aufzuheben, so wäre doch höchlich für die Arbeiter etwas zu erreichen gewesen, wenn mit dem nötigen Nachdruck und Geschick die Verhandlung geführt worden wären. Den dortigen Arbeitern ging diese Machination über die Hutshur und sie waren deshalb nicht mit diesem Resultat zufrieden, sondern drohten mit dem Ausstand.“

Enßner machte nun in einer Versammlung, die er deshalb dort abhielt, zuerst scharf, indem er prahlerisch ausrief: „Die Organisation ist stark genug, den Streit durchzuführen, wir werden es dieser Firma schon zeigen u. er fahre jetzt zum Hauptvorstand und melde die Sache an.“ Als die Versammlung aus war und die dortigen leitenden Kollegen über seine Taktik näheres erfahren wollten, meinte er: „ja, streiten können Sie nicht, daß, was in der Versammlung gesagt wurde, war nicht ernst, sondern damit sollte nur die Firma eingeschüchtert werden.“ Das Erstauen der dortigen Kollegen kann man sich leicht vorstellen. Enßner ließ tatsächlich die dortigen Arbeiter in dieser verworrenen Situation allein und reiste ab.

In Würzburg teilte er mit, daß die Sperre in Schweinfurt aufgehoben und die Kollegen ruhig in Schweinfurt Arbeit nehmen könnten. Dies ist gewiß das höchste, was sich ein Gauleiter leisten kann. Er selbst fuhr wohlweislich nicht mehr nach Schweinfurt, sondern jandte jetzt auf abermaliges Erjuchen der dortigen Kollegen (man kann hier nur die Schamgebild der dortigen Kollegen bewundern) seinen Stellvertreter Herrn Müller, hier Würgmüller genannt. Derselbe machte in den Versammlungen ebensolche Sprüche wie sein Herr und Meister Enßner. Er sagte: er gehe nicht eher von Schweinfurt fort, bis mit diesen Mißständen und den dortigen Meisterwirtschaften energisch aufgeräumt sei. Obwohl er wußte, daß die Leute in der Fabrik erwartet worden, betief er doch zur selbigen Zeit Versammlungen ein, ließ Posten ausstellen, Luz und gut, er machte alles so durcheinander, daß er

sich selbst nicht mehr auskannte. Er telegraphierte daß 1500 Mann in den Ausstand treten; es waren aber nur circa 400 Mann. Als er die Posten aufgestellt und alles sozusagen zum Streik vorbereitet, zog er seinen Rock an und sagte: „So, ich bin jetzt fertig, Unterstützung gibt es keine, ich fahre nach Hause.“ — Er wußte auch, warum er Schweinfurt verließ, die Schweinfurter hätten ihm das Fell anständig gegerbt. Ein organisierter Schuhmacher schüttete ihm in einer Wirtshaus in Schweinfurt ein Glas Bier ins Gesicht, weil er als Beamter sagte: „ach, wir brauchen die Schweinfurter nicht, wir sind ohne sie stark genug.“

Und nun stellte sich heraus, daß dieser Müller mit der Firma einen Vertrag abschloß, in welchem der Passus vorkommt, daß den organisierten Arbeitern sowohl innerhalb als auch außerhalb der Fabrik jede Kritik über die Firma verboten ist. Dies ist jedenfalls das höchste, was jemals ein Arbeitervertreter geleistet hat.

Als diese sauberen Geschichten in den Nürnberger Arbeiterkreisen bekannt wurden, führen Holzinger und ein gewisser Müller von Klett nach Schweinfurt und ließen sich die ganzen Vorgänge protokollieren. Holzinger und Müller sind Vertrauensmänner in den beiden Fabriken Siemens-Schuckert und Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg-Augsburg. D. G.

Hierauf wurde eine Vertrauensmännerversammlung von Klett und Schuckert einberufen. Zu gleicher Zeit an die Ortsverwaltung die Anträge gestellt, daß diese Geschichte bei der kommenden Generalversammlung besprochen und behandelt werden müsse.

Als Gubner dies erfuhr, schrieb er an Holzinger einen Brief, in welchem er mitteilte, daß er das Vorgehen Holzingers (weil derselbe in Schweinfurt sich erkundigte) gegen Treu und Glauben verstoße, früher ist man eben zu den betreffenden Beamten gegangen, und hat die Sache mit diesem vereinbart und aus der Welt geschafft. Im übrigen bewonte er in seinem Brief, daß es den Mitgliedern nichts anginge, er sei den Mitgliedern keine Rechenschaft schuldig, sondern nur seinem Hauptvorstand in Stuttgart.

In der darauffolgenden Generalversammlung wurde der Ausschluß der beiden Beamten verlangt. Die Sache wurde aber so reguliert, daß eine weitere Kommission mit den Schweinfurtern Genossen wochmals den Tatbestand aufnehmen soll und das Resultat ist der demnächst stattfindenden Fortsetzung der neuerlichen Generalversammlung vorzulegen.

Wie aus dem weiteren Schreiben aus Genossenschaft hervorgeht, sprechen alle Anzeichen bereits dafür, daß man die unrühmliche Sache vertuschen will. So urteilen in den vordersten Reihen stehende Genossen über die Vertretung der Arbeiterinteressen ihrer eigenen Führer im vollen Lager. Dazu ist jeder Kommentar überflüssig.

Dann ist es auch begreiflich, wenn das Maß der Entrüstung über ein solches Treiben voll ist, und die aufgebracht Genossen ihre Zuflucht bei uns suchen. Auf die stürmisch verlaufene Versammlung und die Verteidigung der vollen Gauleiter kommen wir das nächste Mal zurück. G.

Die Weidensche Zeitung

Organ für das evangelische Volk, schreibt über Legien Bebel und ihre Stellung zu den Gewerkschaften.

„Legien-Bebel und ihre Stellung zu den Gewerkschaften. Herr Reichstagsabgeordneter Genosse Legien, Vorsitzender der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, hat kürzlich in Kiel einen Vortrag über die Gewerkschaften gehalten und unter anderem ausgeführt: „Müssen auch die Gewerkschaften im Hinblick auf ihre Aufgaben und die gesetzlichen Bestimmungen unpolitische Organisationen sein, so ergeben doch die wirtschaftlichen Zustände von selbst, daß ihre ganze Tätigkeit vom sozialdemokratischen Geist getragen wird. Die freien Gewerkschaften sind unpolitischer Natur, aber die Mitglieder dieser Gewerkschaften können in ihrer politischen Tätigkeit nur Sozialdemokraten sein.“ — Die Diskussion dürfte jedoch durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages zum Abschluß gebracht worden sein, und damit dürfte die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft für immer hergestellt sein. — Und die Bestrebungen der Gewerkschaft decken sich mit denen der sozialdemokratischen Partei.“

Des weiteren führte Legien aus, daß er bezüglich der Neutralität nicht so weit gehen könnte, wie Bebel, der bekanntlich vor Jahren einmal für die Neu-

tralität der Gewerkschaften plädierte, es sei notwendig, die Gewerkschaftsgenossen darauf aufmerksam zu machen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. — Zunächst ist es interessant, den Widerspruch festzustellen, der darin liegt: „Die freien Gewerkschaften sind unpolitischer Natur.“ — „Die Mitglieder können in ihrer politischen Tätigkeit nur Sozialdemokraten sein.“ Früher hielten wir immer: Bei uns wird niemand — bei der Aufnahme — nach seinem religiösen und politischen Glaubensbekenntnis gefragt; alle sind uns gleich lieb. Gewiß, um sie nachher um so besser zu Sozialdemokraten erziehen zu können. Heute sagt der erste Führer: In der politischen Tätigkeit können die Mitglieder aber nur Sozialdemokraten sein. Wir sind dem Herrn Legien für dieses Wort dankbar; ebenso wie wir ihm dankbar sind für das religiöse Glaubensbekenntnis, das er unter brausenem Beifall auf dem Kölner Gewerkschaftskongress abgelegt hat: „Wir sind antireligiös“ usw. — Heuchelei und weiter ist es nichts mit der Neutralität. — Bebel hat allerdings einmal in einer Versammlung laut „Vorwärts“ am 25. Mai 1901 (?) erklärt: „Es ist nicht richtig, wenn man von dem Gewerkschaftler verlangt: Du mußt die und die politische Ansicht haben! Ich bin der Meinung, daß die einseitige politische Tätigkeit in den Gewerkschaften ein Fehler war.“ Bebel hat damit ganz recht. Es ist also ein Fehler, wenn gesagt wird von Legien: „Die Gewerkschaften können sich nur in der sozialdemokratischen Partei betätigen.“ Wenn dem Herrn Bebel nur mit seiner Meinung ernst wäre! Hat der — doch schon so oft gemauerte — Führer kürzlich noch in Mannheim erklärt: „Neutral sein heißt für mich geschickt sein.“ Das ist die Neutralität des Herrn Bebel. In Jena sagte letzterer u. a.: Er wolle sich anheißig machen, ein „freies“ Gewerkschaftsblatt so zu redigieren, daß er, ohne den Namen Sozialdemokrat zu gebrauchen, die Mitglieder in einem Jahre zu tüchtigen Sozialdemokraten erzeuge. Das ist Heuchelei! In der Berliner Versammlung sagte Bebel damals: „Parteilosigkeit soll die Gewerkschaft nicht treiben.“ Das soll wohl heißen: Parteilosigkeit im Sinne der bürgerlichen sozialen Parteien darf unter keinen Umständen getrieben werden — wohl ist es aber Aufgabe der „freien“ Gewerkschaften, die Mitglieder nur der Sozialdemokratie zuzuführen, denn Sozialdemokratie und freie Gewerkschaft ist eins. Was soll man denn davon halten, daß Bebel damals mal erklärte: „Klassenpolitik soll man als Politiker, aber nicht als Gewerkschaftler treiben.“ Dabei stehen die „freien“ Gewerkschaften auf demselben Boden wie die Sozialdemokraten; auf dem Klassenkampf-Dogma. Ihre Ziele sind auch dieselben. Und zwar: die sozialistische Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Im Zukunftsstaate sollen die „freien Gewerkschaften die Produktion leiten. Unternehmer gibt es dann nicht mehr! (?) Prof. Sombart sagte in seinem Buche „Dennoch“:

„Mit dieser Rede Bebel's (gemeint ist die Neutralitätsrede) beginnt eine neue Epoche in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften.“ Zunächst eine neue Epoche hat begonnen, aber nicht in dem Sinne Sombart's, sondern in dem Sinne Böhmeler's: Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaft sind eins, und werden eins bleiben. Mit dieser Tatsache haben sich alle Arbeiter abzufinden. Weiter ist es aber eine Binsenwahrheit, daß in den „freien“ Gewerkschaften tausende und abermals tausende Arbeiter organisiert sind, die noch nicht gewachsen haben mit Christentum und Vaterland, die es ablehnen, zur Partei des Umsturzes zu gehören. An diese, meistens evangelische Männer heranzutreten, ist unsere Aufgabe. Besonders ist es Aufgabe der evangelischen Männer- und Junglingsvereine und Arbeitervereine, auf Reinheit zu sehen. Es ist die allerhöchste Zeit, zu erklären, daß es mit ihren Zielen unvereinbar ist, daß ihre Mitglieder zugleich Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind. Denn können und dürfen diese Vereine ruhig zusehen, wie in den „freien“ Gewerkschaften ihre Mitglieder zu verbitterten Feinden der Kirche, der Monarchie und der Gesellschaft gedrückt werden! Keineswegs! Gott sei Dank haben wir die immer stärker werdenden interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften, diesen sollen die staats-treuen Arbeiter zugeführt werden. — Bebel und Legien sind sich trotz Meinungsverschiedenheiten einig darin: daß die Gewerkschaften Rekrutenschulen für die sozialdemokratische Partei sein sollen. Das ist ihre Stellung zur Gewerkschaftsfrage. Und unsere Aufgabe muß es sein, die evangelischen Mitläufer der Sozialdemokratie abzutreiben und den konfessionellen Vereinen und den christlichen Gewerkschaften zuzuführen.“

Wir können nur wünschen, daß diese Vorstellungen von den evangelischen Arbeitern beherzigt und in die Tat umgesetzt werden. Der Ruf muß lauten: Evangelische Arbeiter! hinein in die christlichen Gewerkschaften.

Gewerkschaften sind Streikvereine

und streiken tun wir nicht. Dieser Ausspruch wird oft von den fernstehenden Kollegen gebraucht, wenn dieselben für den Verband gewonnen werden sollen. Der Streik ist für den christlich organisierten das letzte Mittel zur Durchführung seiner berechtigten Wünsche, und daß es als solches angewandt wird, ist erfreulich. Der Zweck dieser Zeilen soll jedoch sein, darzulegen, was eine kleine Gruppe von ca. 50 Mitgliedern bei taktischer Mitarbeit ohne Streik inmitten einer Arbeiterkassette von 2500 erreichen kann. Zunächst wurde für ca. 20 Arbeiter die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt, macht in Geldwert 900 Mark. Dann wurde eine Lohnverkürzung bei ca. 70 Arbeitern rückgängig gemacht, welches 9000 Mk. Wert gleich ist. Ferner für 230 Arbeiter 1/4 Stunde Arbeitszeitverkürzung gleich 5500 Mk. Alsdann wurde in einem Betriebe mit 70 Arbeitern und einem solchen mit 50 Arbeitern, wofür einzelne unserer Mitglieder tätig waren, Lohnerhöhung bekommen in Höhe von ca. 3000 Mk. jährlich, und die Ueberzeitarbeit in einigen Betrieben mit 10 Prozent Extrazuschlag entschädigt, welches sicher 1000 Mk. ausmacht. Rechneten wir die einzelnen Lohnaufbesserungen durch taktisches Vorgehen oft bis 30 Pfg. täglich, so können wir bestimmt annehmen, daß der hiesige Arbeiterstand durchschnittlich aus dem taktischen, stets zielbewußten Vorgehen der 50 organisierten Kollegen jährlich 25 000 Mk. Mehreinnahme hat. Wenn solche, wenig in die Augen fallende Vorteile mehr beachtet würden, hätten wir bedeutend mehr praktische, ruhige Mitarbeiter in den gewerkschaftlichen Verbänden. Mit jähem Ausdauer, zielbewußt den Arbeiterstand zu heben, muß mehr von den Mitgliedern bedacht werden. Es dürften dann die Ergebnisse auch dauernder sein, als wenn das Rachegefühl der Zugewandten früheren Streiks bei eintretender Krise erwacht, zum Schaden aller Arbeiter. Und — die Hauptsache — die Kollegen denken — denken an ihren Stand und schulen sich.

Gerichtliches.

Der versuchten Cypressung und des Vergehens gegen die Gewerbeordnung sind die Direktoren Glasenapp und Neumann in Breslau, Leiter des schlesischen Metallindustriellenverbandes angeklagt. Es handelt sich um die bekannte Metallarbeiteransperrung im Frühjahr d. Js. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht Breslau hat die Strafverfolgung abgelehnt, weil in dem Schreiben der Metallindustriellen lediglich eine Mitteilung an die Arbeitnehmer und keine Drohung zu erblicken sei. Gegen diese Entscheidung hat Rechtsanwält Helne beim Oberlandesgericht Beschwerde eingelegt, das nunmehr entschieden: „Die Erhebung der öffentlichen Anklage wird angeordnet, da die Beschuldigten Glasenapp und Neumann, sowie die noch zu ermittelnden Teilnehmer an dem Beschlusse, der die Generalaussperrung über alle organisierten Breslauer Metallarbeiter verhängte, hinreichend verdächtig erscheinen, andere durch Drohungen zu verhindern versucht zu haben, an einer Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.“ In der Begründung zu diesem so weittragenden Beschluß weist das Oberlandesgericht darauf hin, daß der § 153 der Gewerbeordnung in allen Fällen Anwendung zu finden habe, in dem im gewerblichen Leben ein unzulässiger Zwang auf die Willensentschließung eines anderen ausgeübt werde. Die Absicht der beiden Beschuldigten ging nun dahin, durch ihre Ankündigung, die von den Arbeitern als Nebel aufgenommen werden mußte, in unzulässiger Weise auf diese einzuwirken. Es dürfte wohl das erste Mal sein, daß in Preußen Anklage gegen Leiter von Industriellenverbänden, wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung ergangen ist. Ueber den weiteren Verlauf der Sache dürfte man gespannt sein.

Wohr Agitation!

Wie wichtig die Agitation zur Erhaltung und Stärkung unseres Verbandes ist, dürfte wohl heute jedem Kollege einleuchten. Dabei muß man die Beobachtung machen, daß sich unsere Kollegen um die Agitation viel zu wenig bekümmern und bemühen. Sicher ist, daß viele Kollegen für die Organisation gewonnen würden, wenn einer wäre, welcher den indifferenten Kollegen in den Fabriken oder auf dem Heimwege und bei anderen Gelegenheiten, die Notwendigkeit und die Bedeutung der Organisation

vor Augen führte. Es geschieht dies aber leider zu wenig. Man findet bei manchen Kollegen die Ansicht; das Agitieren sei bloß Sache des Vertrauensmannes und des Vorstandes. Andere glauben, sie wären nicht in der Lage dies zu tun. Wieder andere plaudern lieber mit ihren indifferenten Kollegen von Vergütungen und allerlei anderem Blödsinn, als daß sie ein Wort für ihre Organisation eintreten. Dieses zeigt natürlich von einer großen Interessenlosigkeit. Es scheint, als wenn die Kollegen den Ernst unserer Zeit noch nicht erfaßt hätten, sonst würden sie mehr Eifer an den Tag legen. Es wäre an der Zeit, daß sich manche Kollegen etwas mehr unserer wichtigen Sache annähmen, als wie bisher geschehen ist. Jeder organisierte Kollege soll stets, wo er auch immerhin sein mag, darauf bedacht sein, neue Kollegen dem Verbands zuzuführen und dadurch unsere Reihen zu stärken. Erst dann, wenn sich eine große Zahl unserem Verbands angeschlossen hat, sind wir aktivfähig. Es soll sich aber jeder Kollege, der es ernst mit unserer Sache meint, zunächst auch als Agitator auszubilden suchen und hieran hapert es noch sehr. Hierzu dient zunächst das regelmäßige Besuchen der Mitglieder-Versammlungen und das Lesen des Verbandsorganes. In jeder Versammlung kann man etwas lernen, dort werden Vorträge gehalten mit anschließender Diskussion, es wird die ganze augenblickliche Situation der Arbeiterschaft besprochen usw., sodas jede Mitglieder-Versammlung eine Menge von Agitationsstoff liefert. Es sollen aber auch die Kollegen die Versammlungen mit der größten Aufmerksamkeit bewohnen und nicht die Versammlung als einen gemüthlichen Abend benutzen. Wo dies der Fall ist, zeugt von einer sehr großen Rückständigkeit und ist es ganz selbstverständlich, wenn es in solchen Ortsgruppen nicht vorgeht. Es sollen die Kollegen sich an den Diskussionen beteiligen, weil dieselben in der Regel dazu beitragen, das Gehörte noch besser zum Verständnis zu bringen. Auch das Lesen des Verbandsorganes geschieht vielfach nicht, man benutzt es, gleich einem Klatschanzeiger für Butterbrotpapier, hiermit muß gänzlich aufgeräumt werden. Aber auch das eigentliche Lesen des Organes geschieht oft in der verkehrten Weise, man liest es mal eben oberflächlich durch und damit glaubt man genug getan zu haben. Man soll nicht eher an einen neuen Artikel zu lesen anfangen, bis der erste auch begriffen ist, dieses kann am ehesten erreicht werden, wenn ein Artikel mehrere Male gelesen wird. Also Kollegen mehr die Versammlungen besuchen und eifriger das Organ lesen, dann werden wir auch stets für die vorkommenden Fälle geschult sein und überall als befähigte Agitatoren für unsere Sache eintreten können. Also Kollegen tut eure Pflicht! Dann wird es auch besser vorwärts gehen.

N.

Eine zwei Millionen-Stiftung.

Bei der Vermählung im Hause Krupp wurden von dem jungen Paare zwei Millionen zu Wohlfahrtszwecken gestiftet. In der sozialdemokratischen Presse wird diese Gabe nun scharf kritisiert. Von nationalliberaler Seite wird versucht, die Sache in ein besseres Licht zu stellen. Die konservative Allg. ev.-luth. Kirchenztg. knüpft daran folgende Bemerkungen:

Für die Stärkung der Wohlfahrts-Einrichtungen sind, wie die Zeitungen melden, von dem jungen Paare zwei Millionen Mark gestiftet. Ueberhaupt läßt sich ja die deutsche Großindustrie „nicht lumpen“ und alljährlich paradieren gewaltige Werte an Schenkungen in der Statistik. Wie kommt es nun, daß die Arbeiter trotzdem über diese Summen die Nase rümpfen? Ja, wer nicht kritiklos ist, muß allerdings etwas Wasser in den Wein schütten. Die Millionenschenkungen bei Krupp geschehen zunächst nur auf dem Papier, d. h. es wird der Akt selbst urkundlich beglaubigt und gleichzeitig die ganze Summe als ein der Firma Krupp einmweilen überlassenes — Darlehen eingetragen, von dem sie 4 Prozent Zinsen bezahlt. In Wahrheit ist also für die Wohlfahrts-Einrichtungen jetzt eine neue jährliche Unterstüzung von 80 000 Mark ausgeworfen, und die Arbeiter stellen ein sehr einfaches Rechenexempel auf: „Nehme jeder von uns 30 000 Mann auch nur 10 Pf. Lohnerhöhung pro Tag, so würde das 1 800 000 Mark jährlich ausmachen, das Zweimillionengeld aber bedeutet nur eine Ausnießung von etwa — 1,35 Mark pro Kopf und Jahr!“ Wir wollen durchaus nicht die Hochherzigkeit der Schenkenden verkleinern, aber es ist wenig ziemt ehrfürdiges Staunen ob der Höhe der Summe. Wenn der junge Krupp von Böhlen einen offenen Blick hat, wird er finden, daß es keiner Millionenschenkungen bedarf, daß er aber in mancher anderen Richtung als Arbeitgeber vorbildlich werden könnte. Er hat's dazu — im Geldbeutel; aber die Hauptsache ist, ob er's auch in Kopf und Herz so hat.“

Diese Stellen werden zweifellos die Genügnung vieler Arbeiter wieder spiegeln. Wir wollen das Gute an der

Schenkungen durchaus nicht verkennen, aber es wäre den Arbeitern viel besser gelehrt und der junge Krupp von Böhlen hätte sich einen ganz anderen Denkweir zu seiner Vermählung gesetzt, wenn er den schlecht gestellten Arbeitern ihre finanzielle Lage aufgebessert hätte. Die breite Öffentlichkeit hört und liest nichts anderes als von den Wohlfahrts-Einrichtungen, daher vielfach die trübe Ansicht von dem Wohlstand der Kruppischen Arbeiter. Das noch viele Arbeiter für einen, den heutigen Zeitverhältnissen entsprechenden geringen Lohn arbeiten müssen, ist unbestreitbar. Es gibt verheiratete Männer mit 5—6 Kindern, welche einen Durchschnittslohn von 3,50 bis 3,80 Mark verdienen, die bei den heutigen hohen Miets- und Lebensmittelpreisen, an Fleischessen garricht denken können, sie dürfen sich höchstens die fetten Leckerbissen an den Schaufenstern von außen ansehen. Hier wurde sich der neue Krupp'sche Chef dauernd die Dankbarkeit seiner Arbeiter sichern, wenn er die weniger gut bezahlten Arbeiter in einen höheren Lohn setzte. Hoffentlich wird das Fehlende noch nachgeholt.

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstüzungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. November der fünfundvierzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 4. November bis 11. November 1906 fällig.

Ortsvorstände lorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Gusfirchen. Bei der Firma Joseph Mahtla, Lignowagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.

Bonn. Die Schmiedegesellen in Streik getreten. Die Schmiedemeister Kechmann und Kriege haben den vorgelegten Tarif unterschrieben. Diese Betriebe sind also nicht mehr gesperrt.

Wallau. Auf der Ludwigshütte Differenzen ausgebrochen.

Berlin. Reyling & Thomas Streik ausgebrochen.

Kaiserlautern. Eisenwerk Kaiserlautern ist Streik ausgebrochen.

Köln. Bei Schlossermeister Schmilling, Hochstadenstraße 27, Differenzen. Zureivende Geiellen werden in ihrem Interesse ersucht, erst bei der Ortsverwaltung anzufragen.

Zuzug ist fernzuhalten!

Offenbach. Streik und Aussperrung der Gütfler und Metallwarenbranche durch Tarifabschluß mit Erfolg für die Arbeiter beendet.

Aus dem Verbandsgebiet.

Holland. Auch in Holland macht die christliche Arbeiterbewegung erfreulicherweise Fortschritt. Besonders sind es die Metallarbeiter, welche an dem Aufschwung in erster Linie beteiligt sind. Wenn auch in Holland keine einheitliche Organisationen sind, sondern man sich dort in konfessionelle Verbände zusammenschlossen hat, so herrscht doch zwischen dem protestantischen und dem katholischen Metallarbeiterverband ein ganz anderes Verhältnis, als wie bei uns in Deutschland, durch die Art und Weise der Agitation der Fachabteiler. Der „Metallarbeiter“, Organ des protestantischen Bundes erscheint vom 15. Oktober ab, zweimal im Monat. In der letzten Nummer wird schon darauf hingewiesen, dass auch in Holland sich allmählich der Gedanke von allgemeinen christlichen Gewerkschaften Bahn bricht. Es wäre zu wünschen, dass diese zwei Verbände, welche ohnehin nicht allzu stark sind, sich zusammenschließen würden, um mit vereinten Kräften besser arbeiten zu können.

Hörde. Die hierige Zählstelle hielt am vorigen Sonntag den 21. Oktober eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Beschluß an den Ortsverein Dortmund, und die Erhebung eines Lokalzuschlages auf der Tagesordnung standen. Kollege Breil aus Dortmund hatte hierzu das Referat übernommen Seine Ausführungen über die Zweckmäßigkeit des Zusammenstufes hier wiederzugeben, können wir uns wohl sparen, da diese Angelegenheit im Organ genügend erörtert ist. Ueber die Erhebung eines Lokalzuschlages entspann sich eine rege Diskussion, an der sich fast sämtliche Kollegen beteiligten; der Sprung von 50 auf 60 Pfennig,

wie es vorgeschlagen war, schien einigen etwas hoch, und wollte man sich anfangs auf 55 Pf. einigen; Kollege Breil zerstreute jedoch die aufstrebenden Gedanken mit dem Hinweis, daß Dortmund bereits den 60 Pfennig-Beitrag eingeführt habe, und da Hörde jetzt zu Dortmund gehört, könnten sich eventuell durch eine ungleiche Beitragserhebung Schwierigkeiten herausbilden. Auch sei es besser, gleich 10 Pf. Lokalzuschlag zu erheben, als eventuell nach einem halben Jahr den Beitrag nochmals um 5 Pfennig zu erhöhen. In der darauffolgenden geheimen Abstimmung stimmten denn auch alle Kollegen mit Ausnahme von einem einzigen für die Erhebung eines Zuschlages von 10 Pfennig. Ferner wurde beschlossen, Sonntag den 11. November eine öffentliche Versammlung abzuhalten.

Ihr Kollegen! Ihr habt gezeigt, daß auch wir an Opferbereitschaft hinter anderen Ortsgruppen nicht zurückbleiben, daß auch ihr die Aufgaben unserer Zeit begriffen habt; wohlan, arbeitet wir rastlos weiter auf der betretenen Bahn, agitiert wir für unsere gerechte Sache, suchen wir die große Masse christlich gesinnter Kollegen der Organisation zu gewinnen, unsere Arbeitsverhältnisse werden dann bessere, und unsere Lebenshaltung eine gehobenere werden. Auch die Gleichberechtigung wird man uns in Zukunft nicht verjagen können.

Sunderich bei Herlohn. Von Seiten des christlichen Gewerkschaftskartells für Herlohn und Umgegend war für Sonntag den 14. Oktober eine öffentliche Versammlung aller christlich und national denkender Arbeiter einberufen.

Das Referat über das Thema „Die Notwendigkeit der Organisation und warum organisieren wir uns“ christlich hatte Kollege Kemmerling-Grüne übernommen.

Derselbe führte zunächst an, wie notwendig es gerade für den gedrückten Arbeiterstand sei, seine Lage zu bessern. Alle Berufsstände hätten sich in starken wirtschaftlichen Organisationen vereinigt. Namentlich die Großindustrie habe sich doppelt und dreifach organisiert. Einerseits in Kreispartellen und Syndikate, andererseits in Arbeitgeberverbände. Bezwecken nun die ersteren hauptsächlich Kreisfestsetzungen und Regelung des Verkaufs, so sei die Hauptaufgabe der Letzteren die Arbeiter nieder zu halten. Aussperrungen nach dem WGE und nach Altersklassen, um ja die Arbeiter von ihrer Berufsorganisation fernzuhalten und ihnen dadurch die Möglichkeit zu nehmen, ihre Lage zu bessern. Für jeden Arbeiter sei es daher notwendig, heraus die richtige Anwendung zu ziehen, und seiner Berufsorganisation beizutreten.

Am der Hand von gutem Zahlenmaterial bewies er, daß die christlichen Gewerkschaften, insbesondere der christliche Metallarbeiter-Verband, trotz ihrer Jugend schon Bedeutendes für die Arbeiter geleistet hätten, nicht nur allein durch bedeutende Summen an Unterstüzung, die den Mitgliedern wieder zugeflossen, sondern auch durch materielle Gewinn, durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Hunderttausende von Mark Lohn-erhöhungen sind von denselben schon errungen worden.

Ferner betonte er den parteipolitisch-neutralen und interkonfessionellen Charakter der christl. Gewerkschaften. Wenn heute die deutsche Arbeiterschaft in verschiedene Richtungen zerklüftet sei, so ist das nicht unsere Schuld, sondern Schuld der sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche das politische und materialistische Moment in die Arbeiterschaft hineingetragen haben.

In der sich nun entspannenden Diskussion sprach zunächst der bekannte sozialdemokratische Gewerkschaftler Herr Giesen der mit einem ganzen Stabe „wachsender Genossen“ von Siegen erschienen war. Da er an dem Referate nichts auszusagen fand, verfuhr er nach bekannter Genossenmanier die christlichen Gewerkschaften herunterzureißen. Das wollte er dem Auftreten des Genossen war, daß er eine im Sinne des sozialdemokratischen Verbandes gehaltene Resolution zur Abstimmung zu bringen versuchte.

Kollege Hamer, der sodann sprach, bereitete dem Herrn eine gründliche Abfuhr.

Es sprachen dann noch einige Genossen, welche aber auch nichts Stichhaltiges vorzubringen konnten, vielmehr gab sich ein Genosse Potthoff als „Konfusionsrat“.

Den Gipfel der Unkenntnis erreichte endlich der Vorsitzende des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells, Genosse Walter Weber, indem er dem Herrn Barrer Stöcker und der Genossenschaft die Schuld an dem Sozialistengesetz zuschob. (Stul au!)

Nachdem Genos Giesen noch einmal sein Licht harte leuchten lassen erhielt der Referent das Schlußwort. War schon während der Versammlung die Ordnung seitens der Genossen durch Lärmen und Toben gestört, so glaubte man sich jetzt in einem Sturzläufel versetzt. Kollege Kemmerling wies sie auf ihr bemerkliches Treiben hin und widerlegte Wort für Wort die verlogenen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner, indem er sie auf das Seitenbühliche Rezept aufmerksam machte, nach weltlichem

die Herren Genossen heute wieder gehandelt haben. Befriedigend war es anzusehen, wie Genosse Meisen sich bemühen mußte, seine wild gewordene Schar zu beruhigen.

Die verhegte und fanatisierte Masse war aber seinen Bemühungen zugänglich, und zeigte sich wieder, was schon so oft bei sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, daß sie nicht Führer, sondern Geführte sind. Der Aufforderung des Referenten, sich den christlichen Verbänden anzuschließen, folgten eine Anzahl der Anwesenden, trotz des Radaus der Genossen. Somit hatte die Versammlung für uns ihren Zweck erreicht.

Arbeiter von Suedweich! Das einzigste Mittel, derartige Elemente zu bannen, ist zweifellos dieses, treten in Massen den christlichen Gewerkschaften bei, nur da werden eure Interessen gewahrt und eure religiöse und politische Ueberzeugung geachtet.

Schweinfurt. Die Leitung der hiesigen Zahlstelle hatte in vergangener Woche eine gut besuchte Mitgliederversammlung einberufen, zu welcher Kollege Göb aus Nürnberg als Referent erschienen war. Die Kollegen werden sich noch lange der ausgezeichneten Worte erinnern, welche viel dazu beigetragen haben, die hiesige Zahlstelle zu stärken und zu neuer Tatkraft zu entflammen. Schade, daß der gebotene Raum nicht gestattet, größere Auszüge des Referates wiederzugeben, umso mehr als die auswärtig wohnenden Kollegen am Samstag nicht anwesend sein konnten. Kollege Göb wies eingangs seines Referates darauf hin, daß nicht immer große öffentliche Versammlungen notwendig seien, um die Bewegung zu fördern, sondern daß es oft gelte, die eigenen Reihen fester zu schließen, sich eine eigene Meinung in allen aktuellen Fragen zu bilden und sich klar über eine fruchtbare und angemessene Taktik zu werden. Nicht die öffentlichen Streikversammlungen, sondern in erster Linie eine emsige Hausagitation, verbunden mit unermüdblicher Kleinarbeit müßte die Zahlstelle stärken. Redner gab dann in großen Zügen eine Ergänzung zu der Berichterstattung über die Nacher Generalversammlung, die Unterschiede zwischen Nord und Süd streifend, die fruchtbare Arbeit, die dort geleistet wurde, schildern, und erzählte dann von der Begeisterung der abendlichen Massenversammlungen. Er führte dann das mächtige Aufstreben an Mitgliedern, an Klassenverhältnissen und geleisteter Arbeit vor und begründete die Notwendigkeit, allüberall auf dem Gebiet der Gewerkschaften weiterzubauen. Dazu gehöre aber vor allem große Opferwilligkeit. Redner gab dann wertvolle Winke über die Taktik den Gegnern gegenüber, sondern auch Regeln über praktische Gewerkschaftsarbeit, wozu er ferner die verchiedenen Konfessionen, einträchtig zusammenzuarbeiten, und bei zum Schluß eine Reihe von Bildern aus Nürnberg, dabei drastisch die Kampfesweise der Genossen und freien Gewerkschaften beleuchtend. Er erklärte alsdann die Begriffe der Worte christlich und national, zeigte, daß man sehr wohl national fühlen könne, ohne doch mit allen geschaffenen Gesetzen und Einrichtungen des modernen Staates einverstanden zu sein; vielmehr müsse man dann eben den ganzen Einfluß darauf verwenden, bestehende Schäden auszugleichen. Besonders erweckten aber die Enthüllungen des Referenten die Aufmerksamkeit der hiesigen Kollegen, als er an der Hand von unwiderleglichen Beweisen die ganze arbeitverräterische Handlungsweise der „Freien“ nachwies, wie sich solche während der heutigen Streiks dahier geltend machte. Da in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen, hatten wir heute noch mit weiteren Aufklärungen zurück. Daß diese vielen Punkte nicht in einem einstündigen Referate behandelt werden konnten, dürfte jedem klar sein, der stürmische Verlauf aber, den der Referent am Schluß erntete, bewies, daß er niemand zu lange gesprochen hatte und daß seine Worte gezündet hatten. In der nachfolgenden Diskussion, an welcher sich die Kollegen Drapp, Deckert, Kottenberger, Kisinger mit vielem Geschick beteiligten, ergab sich völliges Einverständnis mit der Meinung des Referenten. Arbeitersekretär Schwarz ermahnte die Anwesenden, die gehörten Worte in die Tat umzusetzen, sich an Opferwilligkeit nicht beschämen zu lassen und in später Stunde erst konnte der Vorsitzende Langgut mit herzlichen Dankworten die Versammlung schließen. Möge es nicht das letzte Mal gewesen sein, daß Kollege Göb die Schweinfurter berührte, vielleicht ist es durch die Opferwilligkeit aller Bezirkskollegen bald möglich, seine Person ganz und ungeteilt der christlichen Gewerkschaftsfrage zu widmen.

Neheim. Unsere letzte Mitgliederversammlung erfreute sich wiederum einer recht regen Beteiligung, aber es mußten alle erscheinen, weil es hier möglich ist. Hoffentlich werden die trüben Versammlungsbefürderer ihre Gewohnheit endlich ablegen. Ohne Verantwortungsbewußtsein keine Disziplin und Schulung. Wenn unsere Ortsgruppe nicht mehr praktische Vorteile der Mitglieder erzielt, so haben wir dieses den lauen Kollegen, welche nicht aus ihrer Gemütslosigkeit herauskommen, nur zu verdanken. Die lauen Kollegen lassen es an Eifer nicht fehlen, das beweisen uns die Neuaufnahmen, welche schon

fast 100 Prozent Zunahme betragen. In dieser Versammlung wurde beschlossen, die Monatsversammlungen bis auf weiteres jeden zweiten Montagabend im Monat beim Wirt Bethwig 8 1/2 Uhr abzuhalten. Dieses wurde damit begründet, weil jetzt der Disputierabend am Freitag im Restaurant „Zum Schwan“ für alle christlichen Gewerkschaftler als christlich-soziale Unterrichtsstunde eingeführt ist. Unsere Mitglieder wollen sich fleißig beteiligen. Ferner wurden zur Vergrößerung unserer Bibliothek 20 Mk. aus unserer Lokalkasse bewilligt. Man möge unsere Mitglieder sich auch alle möglich soziales Wissen aneignen und für gewerkschaftlichen Aufschwung der hiesigen Arbeiter mitwirken. Daß der richtige Geist noch unsere Mitglieder nicht beherrscht, belehrte uns, als einige neue Vertrauensmänner ernannt werden sollten. Freiwillige vor! Allgemeine Stille. Doch nach einigen ermunternden, aufklärenden Worten meldeten sich die notwendigen Mitglieder bereit. Darauf wurde vom Kollegen F. Kieseheuer ein Vortrag über „Die Entwicklung zur Volkswirtschaft und die Stellung der Arbeiterklasse zu den übrigen Ständen“ gehalten, welcher allseitig Beifall fand. Leider fand die Diskussion keine rege Beteiligung und rufen wir nochmals den Kollegen zu: „Schützt euch im Wissen sowie Aussprache und Austreten. Wenn wir uns nicht alle in etwa an der praktischen Gewerkschaftsarbeit beteiligen, werden wir nicht vorwärts kommen. Auf, fasset mal alle in das Rad des sozialen Fortschritts, damit das obere Sauerland mehr freihändlerisch als freiherrlich wird.“

Baderborn. Stillstand ist Radaang, heißt ein altes Sprichwort und dieses Wort paßt leider auch auf unsere Zahlstelle Baderborn. Die Versammlungen werden stets nur von wenigen Kollegen besucht, es dies immer meistens ein und dieselben. Nur einige fühlen sich verantwortlich und dann ist es kein Wunder, wenn die Zahlstelle nicht vorwärts geht. Das muß anders werden. Ohne triftigen Grund darf ein wertvolles Verbandsmitglied in keiner Versammlung fehlen. Wer kein Interesse an den Versammlungen zeigt, der hat auch kein Interesse an der Organisation und deren Zielen, an der Hebung des Arbeiterstandes überhaupt. Entschuldigungen darf es hier nur in dringenden Fällen geben, jedes Mitglied unserer Zahlstelle kann auch wissen, wann die Versammlungen stattfinden, da sie jedesmal im Verbandsorgan, sowie im Westfälischen Volksblatt bekannt gegeben werden.

Hier in Baderborn hätten wir eine starke Organisation der Metallarbeiter besonders notwendig. In unserer Stadt, die 26 000 Einwohner zählt, gibt es im Metallgewerbe noch Gesellen, die für 1,70 Mk. bis 2,00 Mk. eine 10- bis 12-stündige Arbeitszeit zu leisten haben. Für Ueberstunden wird nichts bezahlt und dabei muß den ganzen Tag wie wild drauf los geschuftet werden.

Für die Schmiede und Schlosser sieht es am traurigsten aus, sie verdienen als Handwerker weniger wie die Tagelöhner im Pausengewerbe, die Löhne von 3,50 bis 3,80 Mk. pro Tag erreichen. Das ist wahrlich eine beschämende Tatsache für die hiesigen Metallarbeiter. Wer aber ist schuld daran? Doch zum allergrößten Teil die gelernten Metallarbeiter selbst, weil sie ihre Berufsorganisation bis heute in solch unverantwortlicher Weise vernachlässigt haben. Den unorganisierten Kollegen muß dieses immer und immer wieder gesagt werden, um ihnen die Augen zu öffnen und sie auf ihre Pflicht hinzuweisen. Würden alle hiesigen Metallarbeiter ihre Pflicht erkennen, in unseren Verband trittun, dann würden andere bessere Verhältnisse anbrechen.

Erschwerend für die Agitation ist es, daß wir für den Lippstadter Bezirk noch keine freigestellte Kraft haben. Die Anstellung eines Bezirksleiters ist zu einer Notwendigkeit geworden. An Opferwilligkeit fehlt es in unserem ganzen Bezirk nicht. Der Beamte wird aus eigenen Mitteln angestellt werden können. (Dann nur zu. D. Red.) Wir möchten den Zentralvorstand deshalb bitten, das Nötige zu veranlassen. (Wenn die Mittel vorhanden sind, wird der Zentralvorstand mit Freunden das Weitere besorgen.)

Darum Kollegen, aufgerafft! Die Zeit der Ruhe, des Schlafes muß vorüber sein, jetzt heißt es arbeiten, äßen, um nachher ernten zu können. Die Zeiten sind ernst, nehmt mir daher auch die ernstgemeinten Worte nicht übel. Tue ein jeder von uns jetzt einmal seine Pflicht und Schuldigkeit, damit wir recht bald, noch ehe der Beamte bei uns seine Tätigkeit beginnen wird, unsere Zahl verdoppelt haben. Stelle jeder seinen ganzen Mann, halten wir treu und fest zusammen nach dem alten Grundsatz: Einigkeit macht stark. W. Sch

Schuffenried. Unsere Ortsgruppe hielt am 14. Oktober eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher alle christlich-national gesinnten Arbeiter eingeladen waren. Kollege Nieder aus Ulm hielt einen Vortrag über die Notwendigkeit, Ziele und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Er machte es den Anwesenden klar, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Lage des Arbeiters nur

verbessert werden kann durch eine starke Organisation. In derselben werden die Arbeiter angeleitet über ihre gedrückte Stellung im Leben, ihnen die Wege gezeigt, die sie gehen sollen, um dieselbe zu heben und zu verbessern. Der einzelne Mann ist dem Unerntehmer gegenüber eine Null. Dieses zeigt die häufige Erfahrung! Wenn der eine oder der andere mal den Mut hat, beim Arbeitgeber um Abstellung vorhandener Mißstände vorstellig zu werden, so wird ihm in den meisten Fällen der Beifall gegeben, wenn es nicht gefällt, kann gehen. Durch das vernünftige und zielbewußte Vorgehen der christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete ist schon vieles zugunsten der Arbeiter erreicht worden. Auch in sozialer Hinsicht tut der Arbeiterjahrs und Versicherungs-Vereinigungen. Tausende von Marken gehen jährlich den Arbeitern verloren durch ihre Unkenntnis, deshalb ist es Pflicht, eines jeden Arbeiters, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Dehaffrer Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, welche ebenfalls die Versammlungsteilnehmer aufforderten, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Den anwesenden Genossen fehlte der Mut, sich an der Diskussion zu beteiligen. Der Erfolg dieser Versammlung war die Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder. Hierauf schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband. Nun Kollegen von Schuffenried, auf zur eifrigen Agitation, nicht eher ruhen, bis der letzte Metallarbeiter sich unserem Verbande angeschlossen hat; erst dann ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Also hinein in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband.

Ludwigshafen a. Rh. Wir fühlen uns veranlaßt, die Kollegen unserer Ortsgruppe nochmals aufmerksam zu machen. Es dürfte doch den Kollegen bekannt sein, daß unsere Mitglieder-Versammlungen am 1. und 3. Sonntage im Monate stattfinden im Lokale Mehr, Koblenstraße 22. Es ist traurig, wenn von über 100 Kollegen nur ein geringer Teil in den Versammlungen erscheint. Wohin soll das Kollegen? So kann es unter keinen Umständen weiter gehen, oder meinen die Kollegen, mit dem Beitragszahlen sei der Sache allein gedient? Dabei haben manche Vertrauensleute oft noch bei einigen die größten Mühen, bis sie die Beiträge erhalten. Die Kollegen glauben unter solchen Verhältnissen, ihre Pflicht als Gewerkschaftler getan zu haben. Das ist durchaus unrichtig. — Auch ist es notwendig, die idealen Bestrebungen unseres Verbandes mehr ins Auge zu fassen. Da muß das Organ fleißig studiert, gegenseitige Schulung in den Versammlungen betrieben werden. Für die Ausbreitung unseres Verbandes muß jeder bestrebt sein. Opferrendigkeit muß hauptsächlich in den Vordergrund treten, sei es finanziell oder in praktische und geistige Arbeit. Um all diesen Punkten nachzukommen, müssen die Kollegen die Mitgliederversammlungen mehr besuchen, nur dort können dieselben zur Opferrendigkeit erzogen werden. Folgt diesem Rat, laßt euch auch durch Duerstreiberen nicht abhalten, sondern helft dem Vorstand mit, die Ortsgruppe immer mehr zu heben und zur Entfaltung zu bringen. Nicht kleinliche Kritik und Mißmut, sondern eifrige Mitarbeit aller Mitglieder führt zum Ziele. Deshalb Kollegen tue ein jeder seine Pflicht. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Warstein. Auch unsere Ortsgruppe, welche den Kollegen unseres Verbandes wenig bekannt sein dürfte, erlaubt sich mal die Spalten des Organs ein wenig zu füllen. Viele gute oder böse Nachrichten können wir nicht bieten, sondern wollten nur bekunden, daß auch wir hier gesonnen sind, für die christlich-soziale Arbeiterbewegung einzutreten. Haben auch die gegnerischen Verbände schon lange Zeiten hier ihr Domizil aufgeschlagen, so müssen wir, die wir noch auf christliche Grundlage stehen, bekennen, für uns kann und wird nur die christliche Gewerkschaftsbewegung im Vordergrund kommen; dauernd wird auch nur diese wirkliche Vorteile erringen.

Um über die Tätigkeit unseres Verbandes unterrichtet zu sein, war Kollege Kieseheuer aus Neheim zu einer Versammlung geladen. Derselbe schilderte in seinem Vortrag die hohen Aufgaben des Metallarbeiterstandes. Die große Kulturarbeit desselben begehrt uns zum Standesbewußtsein und Mitarbeit zur Hebung des Berufes. Dann streifte derselbe den ortsüblichen Tagelohn in seiner Bedeutung zur Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung, sowie sonstiger Unterstützungen. Auch hier bedarf der ortsübliche Tagelohn dringend eine Erhöhung, da die alten Organisationspraktische Arbeit nicht geleistet haben. Ferner berichtete Referent über die Generalversammlung zu Nagen. Welcher Schaffensgeist liegt in den Zahlen, die Mitgliederschaft um 130 Prozent gestiegen? Das Gesamtvermögen auf 8 1/2 Mk. für jedes Mitglied angewachsen, begreift nur der denkende Kollege. Dazu noch die vielen Bewegungen, welche meistens den Kollegen Erpar-

henschaffen brachten. Einzelnen Arbeitszeitverkürzung, andern Lohnerhöhung, letztere bei einer Verleghaft 199 600 Mk. oder 76 1/2 Mk. jedem Kollegen. Solches muß allen einen Ansporn sein, für den Verband zu wirken; das Verbandsorgan richtig zu lesen, die Beiträge freudig zu zahlen und die Versammlungen pünktlich zu besuchen. Wenn so auf der ganzen Linie intensiv die Kleinarbeit, worin jedes Mitglied Großes zu leisten vermag, betrieben wird, werden wir nächste Generalversammlung 100 000 Mitglieder stark sein. Darum alle auf zur kräftigen Mitarbeit, besonders auf ihr Metallarbeiter des Saarländes zur Kleinarbeit.

Beine. Mit großem Tamtam war von Seiten des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells die gegnerische Organisation zu einer öffentlichen Versammlung am 22. Sept. eingeladen worden. Die Tagesordnung lautete: „Moderne Gewerkschaftsbewegung, unter Berücksichtigung der gegnerischen Organisationen.“ Wir Christliche stellen uns pünktlich ein, um, wenn nötig, den „Genossen“ unsern Standpunkt klar zu machen. Der Referent legte alsbald los, wer aber geglaubt hatte, der Herr würde sich an das Thema halten, der irrte. Nach einer kurzen Schilderung der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, betrug derselbe das politische Gebiet, pries nach allen Regeln der Kunst die allein selig machende Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Des Ferneren erging er sich in einer Schimpftirade über die christlichen Gewerkschaften. Merkwürdigerweise ließ er die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften vollständig ungehört, warum, wird sich noch zeigen. Wie der Herr Speckhardt-Gildesheim sich nun gründlich ausgetobt hatte, erwähnte er die Anwesenden, sich den Organisationen anzuschließen, und (D Fronte) mit den gegnerischen Organisationen in Frieden zu leben, da nur so der guten Sache gedient werden könnte. (Also erst werden die christlichen Organisationen mit allen schädigen Mitteln bekämpft, dann wird die Friedensschalmei geblasen). Nun gabs „freie“ Diskussion. Der Hirsch-Dunder'sche Herr Kunze-Hannover eröffnete als erster den Reigen. Viel hatte er nicht vorzubringen, uns schien: „Der spricht, weil er einmal da ist“. Nun kam ein Mitglied unserer Zahlstelle zu Wort, und zerplückte und widerlegte die verlogenen Ausführungen des Genossen. Hierbei zeigten sich so recht die Früchte sozialdemokratischer Erziehung, die „frei“ Organisierten veranstalteten einen derartigen Lärm, daß die beiden Obergewerkschaften ihre Leute leider vergeblich zur Ruhe ermahnen mußten. Nicht besser erging es dem zweiten Kollegen unserer Zahlstelle, dem Dritten bot man sogar aus der Mitte der Versammlung Schläge an. Dem Vierten erteilte man das Wort überhaupt nicht mehr. Um die tobende Genossenchaar zu beruhigen, ergriff der Genossenreferent von neuem das Wort. Der Herr gefiel sich in seiner alten Rolle. Hatte er vorher behauptet, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrum- und Pfaffengründungen, so behauptete er jetzt, daß die christlichen Gewerkschaften vielfach von politischen Parteien und von der Geistlichkeit bekämpft würden. Als nun unsere Diskussionsredner wiederum zu Worte kamen, um dem Herrn Speckhardt die gebührende Antwort zu erteilen, ereignete sich ein interessantes Schauspiel. Die Kreiheitshelden verließen in hellen Scharen ihre eigene Versammlung. Der Referent konnte kein Schlusswort sprechen, weil, nun weil der Saal leer war. So verließ die Aktion in Beine, bei der den Christlichen mal ordentlich eins ausgewischt werden sollte, wie das Hornberger Schießen. Nun einiges über das Verhalten der Hirsche. Gelegentlich einer Versammlung am 14. Okt., in der Lange-Hannover referierte, hatte der Herr die Liebenswürdigkeit, bei einer Polemik gegen die Genossen uns zu verraten, daß in der angeführten Versammlung die Christlichen abgemurkt werden sollten. Außerdem steht fest, daß an dem fraglichen 22. Sept. ein führender Genosse zu einem Führer der Hirsch-Dunder gelangt hat: „Seid nur ganz stille, euch wird nichts geschehen, nur die Christlichen, die sollen ihren Teil abbekommen“. „Aber nur langsam, die Nürnberger haben noch keinen Dieb gehangen, sie hätten ihn denn“. Kollegen von Beine! Ihr werdet euch fragen, warum werden wir von den Genossen so bekämpft? Kollegen, der Grund ist ziemlich durchsichtig, die Leute fürchten uns. Wir werden ihnen gefährlich. Bisher war Beine der Zummelpfad der Genossen, und wurden die Volksbeglückter von Niemanden gestört. Diese Tatsache muß uns mit Stolz erfüllen, es geht aber auch daraus hervor, daß wir auf dem richtigen Wege sind; arbeiten wir auf der einmal betretenen Bahn weiter, wie jeder seine Pflicht in der Agitation, bis der letzte christlich und national denkende Arbeiter seiner Berufsorganisation angegeschlossen ist. Das ist das beste Mittel, um den Genossen das Handwerk zu legen.

Mühlhausen i. G. Sonntag, den 14. Okt. 3 Uhr, fand unsere Monatsversammlung statt, zu der speziell die Frauen und sonstigen weiblichen Angehörigen eingeladen waren. Als Referent war Kollege Kammerer aus Willmaen (Baden) erschienen. Derselbe referierte über: „Die Erstlingsberechtigung der Arbeiterorganisationen, insbesondere der christlichen Gewerkschaften.“ Nur schade, daß seine Zeit zu kurz bemessen war, denn um 5 Uhr mußte er schon aufbrechen, um Anschluß zur Heimfahrt zu erhalten. Speziell durch persönliche Erfahrungen und gut angebrachte Beispiele war das Referat ein vorzügliches. Auch an die Frauenwelt richtete Redner einen recht warmen Appell, und erstere Worte zur Aufmunterung. Ebenso wie die Frau ihrem Manne gegenüber oft als großes Hindernis in der Organisation ist, ebenso gut kann dieselbe aber auch der beste Förderer der Sache sein, wenn sie richtig Geist und Ziele erfaßt hat. Nicht gerade die finanzielle Seite ist es, die hindert im Wege steht, als vielmehr oft Unkenntnis über die Organisation und deren Aufgabe. Wenn die Versammlung den Umständen wegen ziemlich besetzt war, so ist sie nicht als zufriedenstellend zu bezeichnen bei der Zahl der Mitglieder. Kollegen von Mühlhausen, solches ist tief zu bedauern. Wann eigentlich wird diese Gleichgültigkeit aufhören? Bedenkt doch, daß hierdurch die köstlichste Zeit verloren geht. Wer kann noch gleichgültig zusehen, wenn von Seiten der Freien unsere Verhandlungsmittelleber persönlich, ja der ganze Vorstand sowie die Ortsgruppe in der gemeinsten und verlogenssten Art angegriffen und beschimpft wird? Ist es nicht dringend erforderlich, doch einmal sich aufzuraffen und die Versammlung zu besuchen, um gerüstet zu sein und die verlogenen Anschuldigungen zurückzuweisen? Wenn unsere Gegner so frech auftreten, ist es da nicht zum größten Teile der Gleichgültigkeit der Kollegen zuzuschreiben? Wenn man feststellen muß, daß es solche gibt, die das ganze Jahr in keiner einzigen Versammlung zu sehen sind, so ist es wahrhaft kein Wunder, wenn es nicht vorwärts geht, oder nicht klappt wie es sein sollte. Wie können solche Kollegen einem Anprall der Gegner Widerstand leisten, wenn sie von gar nichts wissen. Darum weg mit der Schlafkappe und Zaghaftigkeit. Nur mit Mut und Ausdauer können wir Stand halten, und das erhalten wir nur durch fortwährenden Besuch der Versammlungen. Es ist höchste Zeit, daß diesem Krebschaden einmal ein Ende gemacht wird, denn die Zeiten sind wirklich zu ernst, um solchen Tatiachen gleichgültig zuzusehen. Bedenken wir, wie viele Kollegen uns noch fern stehen, die für uns zu haben sind. Selbst in den gegnerischen Reihen müssen wir noch solche herausholen, die unbedingt zu uns gehören, und die nicht dort sein würden, wenn jeder getreu seinen Pflichten als Gewerkschaftler nachgekommen wäre. Wenn natürlich nur der Vorstand allein das Ganze besorgen muß, und ein Teil der Kollegen die Gewerkschaft nur so als Nebensache betrachten, ja noch selber bei Gelegenheit über den Vorstand schimpfen und tadeln, dann kann es nicht ausbleiben, daß solche Vorstände zu verzeichnen sind. Kollegen! Rafft euch auf, noch ist es Zeit, besucht alle Mann die Versammlung. Frisch auf zur Agitation und tue jeder seine ganze Pflicht!

Rheine i. Westf. Am 7. Oktober hielten wir gemeinsam unser diesjähriges Gewerkschaftsfest ab, welches einen guten Besuch aufzuweisen hatte, und einen sehr schönen Verlauf nahm. Der Hauptpunkt des Festes war die Festrede, die Fr. M. Schulte bereitwilligst übernommen hatte. „In treffender Weise vertrat die Rednerin, die Frauen über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären. Notwendig ist es in unserer Zeit, den Frauen ihre eigentliche Bestimmung zu sichern, und nicht, wie es leider durch die Verhältnisse schon teilweise bedingt wird, ihnen einen Platz in den Fabriken einzuräumen; dadurch das ganze Familienleben des Arbeiters zerstören. Beschäftigte doch allein die Textilindustrie schon über 330 000 Frauen, die Metallindustrie über 47 000. Wieviel Elend liegt doch allein in diesen Zahlen! Die verheiratete Frau, welche im Dienste des Kapitals steht, ist doppelter Weise in ihrer Gesundheit bedroht. Sie muß die Fabrikarbeit leisten und nach derselben ihre Hausarbeit verrichten. Wie soll eine derartige Frau auf die Dauer solchen Verpflichtungen nachkommen können. Hinzu kommt noch die Sorge für die Kinder. Muß das Mutterherz nicht bluten, wenn es tags über an die armen Kleinen denkt, welche schon so früh die Mutter entbehren müssen. Frühzeitig sinken viele Frauen ins Grab, weil ihre Kräfte nicht imstande sind, die doppelte Last tragen zu können. Darum ruft die Gewerkschaft dem Kapital immer zu: „Gebt den Männern einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Lohn, den Kindern aber laßt die Mutter.“ Die Frauenarbeit wird aber nicht vollauf mit der Männerarbeit angesehen.

So erhält die Kollegin oft nicht den Lohn, welcher ihr eigentlich zuzumut, trotzdem sie dieselbe Arbeit verrichtet wie der männliche Arbeiter. Darum ist es notwendig, daß sie sich, soweit sie nun einmal gewerblich tätig sein müssen, auch der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, um ihre wirtschaftliche Lage verbessern, ihre Interessen vertreten zu können. Seit tätig auf gewerkschaftlichem Gebiete, als Vertrauenspersonen eurer Gewerkschaft. Suchet sie immer weiter auszubreiten, helft die viele Abneigung zu beseitigen, die sich oft noch unter den Frauen bemerkbar macht. Wenn wir in dieser Weise an den Ausbau der christlichen Gewerkschaften arbeiten, dann werden wir noch manch schönen Erfolg erringen.“ Langanhaltender Beifall bewies der Rednerin, daß sie allen Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte. Im Verlauf des Festes gab der Vorsitzende den guten Entwicklungsgang der christlichen Gewerkschaften bekannt. Dies Kollegen, muß uns jetzt anspornen, mit aller Energie für unseren Verband einzutreten, regelmäßig an den Versammlungen teilnehmen, denn ohne Versammlung keine Schulung, ohne Schulung keine rechten Gewerkschaftler. Suchen wir eifrige Agitatoren für unsere Sache zu werden, ihm all die vielen Metallarbeiter zuzuführen, welche heute der Organisation noch fernstehen. Dann wird auch dieses Fest seinen Zweck nicht verfehlt haben, zum Ärger unserer Gegner, die es verachteten, durch tüpeltaste Bemerkungen stören zu können. Öffentlich wird das Fest dazu beitragen, uns die Mitarbeit der Frauen zu sichern, dann werden wir auch hier in Rheine unsere Reihen bedeutend verstärken. Auf zur gewerkschaftlichen Arbeit für den christlichen Metallarbeiterverband.

Bekanntmachung.

Das Mitglied Karl Friedrich Fleig, Buchnummer 24 843, wird aus dem Verbands ausgeschlossen wegen Schädigung des Verbandes.

Den Zahlstellen Reddinghausen, Schwartau und Amberg wurde die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pfg. wöchentlich erteilt. Die Belagerung der Zahlung hat Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Versammlungs-Kalender.

- Annem.** Samstag, den 3. Nov., abends 8 1/2 Uhr, bei Poppe Versammlung. Volljähriges Erscheinen notwendig. NB. Neben Donnerstag abends 8 Uhr, bei Veit, Unterrichtsforum.
- Bochum.** Die Geschäftsstelle befindet sich von jetzt ab 21 Inselhauserstraße 13, Telefon 1111.
- Breslau.** Sonnabend den 10. Novbr., abends, bei Schnabel. Alle Kollegen müssen erscheinen.
- Biersheim.** Sonntag, 4. November nachmittags 4 1/2 Uhr bei Rüper in Rheinhausen.
- Erlangen.** Sonntag, 4. November nachmittags 4 Uhr im Saale Rotpina christliche Gewerkschaftsversammlung. Alle erscheinen.
- Essen-Holthausen.** Sonntag, den 4. Nov., morgens 11 Uhr bei Hülswische.
- Essen-Steele.** Sonntag, den 4. Nov., morgens 11 Uhr, bei Hanjas.
- Essen-Rupferdreh.** Sonntag, den 4. Nov., nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Kappert.
- Flensburg.** Am 14. November Versammlung bei Rabe, Martenstr. 1. Zureisende Kollegen melden sich bei Hans Lassen, Schloßstraße 7 oder Lumbel, Terrassenstraße 1.
- Gelsenkirchen-Balmke.** Sonntag, 4. November morgens 11 Uhr bei Wirt Meche, Dohzenollernstraße.
- Gearen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 6 Uhr, Versammlung bei Deben, Mittelstraße 1.
- Kaif.** Sonntag, den 4. Novbr., vormittags 11 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schorob. Volljähriges Erscheinen notwendig. Am Donnerstag, den 8. Nov., Vertrauensmännerführung bei Hontagsberg, abends 9 Uhr. Abrechnung vom Monat Oktober.
- Olsberg.** Sonntag, den 11. November, nachmittags 3 Uhr beim Wirt Kropf, Vorstands- und Vertrauensmännerführung, 4 Uhr Mitgliederversammlung.
- Papenburg.** Sonntag, den 4. Novbr., nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Fußmann. Referent Kollege Wallbaum.
- Reddinghausen.** Sonntag, den 11. Novbr., nachm. 4 Uhr, bei Post.
- Schwerin i. Meckl.** Gemischte Gewerkschaft: Mitgliederversammlung Donnerstage alle 14 Tage abends 9 Uhr in der Büchervereinslocale, Marktstraße 4.
- Teubitz.** Sonntag, den 4. November, nachmittags 2 Uhr.
- Wingst.** Samstag, den 3. November abends 1/2 9 Generalversammlung bei Stöbe.

„Das Reich“.

Unabhängige, evangelische, nationale Berliner Tageszeitung für entschiedene Sozialreform. Erscheint als Nachmittagsausgabe und wird mit den Abendblättern versandt. Enthält die Parlamentsberichte desselben Tages und alle Abends vorliegenden neuesten Nachrichten. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg. mehr. Probenummern versendet unberechnet die Geschäftsstelle Berlin SW 61, Johanniterstraße 6. **Berichter schnell und genau über alle Vorgänge in der christl.-nat. Arbeiterbewegung.**